



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

10. Jahrgang
Nr. 120 Aug./2 2024

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

INFOsperber

Sonntag, 4.08.2024



Vietnamesisches Kind mit Geburtsfehler, weil die Eltern dem Entlaubungsmittel Agent Orange ausgesetzt waren. © CR

Die Kritik an Trumps Immunität zielt daneben

Helmut Scheben / 29.07.2024

In Vietnam haben die USA Hunderttausende verkrüppelte Kinder auf dem Gewissen.

Kein US-Präsident wurde deswegen angeklagt.

Donald Trump steht nun also über dem Gesetz. Zum Machterhalt könnte er als Präsident einen Militärputsch anzetteln oder den Navy Seals (Spezialeinheit der US-Marine ist Teil des «US Special Operations Command») befehlen, einen politischen Rivalen umzubringen, und nichts passierte ihm. Er genießt Immunität jetzt auch über seine Amtszeit hinaus – abgesegnet vom Supreme Court.

Mit diesen Beispielen jedenfalls hat Sonia Sotomayor argumentiert, Richterin am Obersten US-Gericht. Sie wollte damit in ihrer «dissenting opinion» ausdrücken, dass sie den Immunitäts-Entscheid des Gerichtes nicht mittragen will. Aus Sorge um die Demokratie weiche sie von der Mehrheitsmeinung ab.

Zahlreiche Medien, wie der Zürcher «Tages-Anzeiger», die «Zeit», die «Süddeutsche» und andere haben über diesen Minderheitsstandpunkt von Richterin Sotomayor berichtet und den Eindruck erweckt, der Rechtsstaat der USA stehe auf der Kippe. Die «NZZ» meinte: Die jetzt erlassene Regelung des Obersten Gerichts «ritzt an einem fundamentalen Prinzip des Landes».

In fast allen demokratischen Ländern geniessen Regierungsmitglieder für Amtshandlungen Immunität, auch in der Schweiz. Nur private Straftaten können verfolgt werden.

Damit soll verhindert werden, dass Präsidenten oder Regierungsmitglieder aus Furcht vor späteren Strafklagen in ihren Entscheidungen nicht so frei sind, wie es ihr Mandat verlangt.

Allerdings können Präsidenten oder Regierungsmitglieder in Deutschland, Frankreich oder Spanien *nach ihrem Rücktritt* für vergangene Amtshandlungen strafrechtlich belangt werden.

Bei Präsident Trump geht es um letzte Amtshandlungen, mit denen er die Amtsübernahme von Joe Biden möglicherweise verhindern wollte. Jetzt verhinderte der Supreme Court eine Strafverfolgung gegen Trump, indem er Präsidenten eine lebenslange Immunität gewährt.

Lebenslange Immunität war jahrzehntelange Praxis

Doch damit hat der Supreme Court lediglich eine jahrzehntelange Praxis bestätigt. Seit der Gründung der Vereinigten Staaten im Jahr 1776 begingen Präsidenten während ihrer Amtszeit fast regelmässig Straftaten, wurden jedoch nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt praktisch nie behelligt. Deshalb ritzt der Entscheid des Obersten Gerichts keineswegs an einem fundamentalen Prinzip des Landes, wie die «NZZ» schrieb.

Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren

Jüngstes Beispiel sind die systematischen Hinrichtungen von Menschen, die als terroristische Bedrohung definiert und daher präventiv durch Drohnen getötet werden, ohne dass ein Gericht dabei ein Wort mitzureden hat. Kein einziger amerikanischer Präsident ist jemals wegen dieser Praxis, die von vielen Juristen rund um den Globus als Verbrechen gewertet wird, vor Gericht gestellt worden. Weder in den USA noch ausserhalb der USA.

Für sein Buch «Die Weltbeherrscher» hat der Journalist Armin Wertz unter anderem die Drohneneinsätze der USA im Ausland recherchiert. Er zählt auf 25 Seiten rund 500 Drohnenangriffe auf, die zwischen 2004 und 2016 publik wurden. Ganze Häuserkomplexe wurden auf diese Weise durch Luftangriffe pulverisiert. Die Zahl der sogenannten Kollateral-Toten ist unbekannt. Das Vorgehen läuft unter Berufung auf Artikel 51 der Uno-Charta. Man sei nach 9/11 von US-Parlament und UN-Sicherheitsrat autorisiert worden, einen «Krieg gegen den Terror» zu führen.

300'000 Zivilpersonen nach Lüge getötet

Mindestens 300'000 Zivilpersonen wurden im Irak-Krieg getötet, der mit Lügen begründet wurde und den UN-Generalsekretär Kofi Annan als «illegal» bezeichnete.

Doch Präsident George W. Bush wurde deswegen nach seiner Amtszeit nicht angeklagt – in den USA nicht und auch nicht von einem internationalen Gericht. Die USA anerkennen kein internationales Gericht, welches sie für Kriegsverbrechen zur Verantwortung ziehen könnte.

Kokain für Waffen in Zentralamerika

Ronald Reagan, von 1981 bis 1989 Präsident der USA, begann einen verdeckten Krieg gegen Nicaragua, um die Sandinisten-Regierung zu stürzen, in der er ein trojanisches Pferd des Kommunismus in Lateinamerika zu erkennen glaubte. Die Finanzierung einer konterrevolutionären Söldnertruppe – «Contras» genannt – wurde nie vom US-Kongress genehmigt. Der Krieg, den es offiziell nicht gab, wurde geheim finanziert durch Drogenhandel und Waffengeschäfte mit dem Iran.

Der Pilot Barry Seal unterhielt auf einem Flugplatz in Mena (Arkansas) eine Flotte von Transportflugzeugen, die Waffen für die «freedom fighters» nach Zentralamerika flogen. Auf dem Rückweg machten sie einen Umweg über Medellín in Kolumbien und luden Kokain und Crack (pasta básica). Barry Seal gilt als einer der erfolgreichsten Drogenschmuggler in der Geschichte. Der Strassenverkaufswert der von ihm eingeführten Drogen wurde von US-Behörden auf drei bis fünf Milliarden US-Dollar geschätzt. Seal betrieb einen grossen Teil seines Business im Auftrag der CIA.

Als die ganze Sache aufflog, versuchte man in Washington, den Präsidenten zu schützen: Ronald Reagan habe von allem nichts gewusst. Als Schuldiger wurde Oliver North vorgeführt, ein ehemaliger Offizier der US-Marines. Er war offizieller Berater des Nationalen Sicherheitsrates und hatte sowohl das Unternehmen «Kokain-für-Waffen» als auch geheime Waffengeschäfte mit dem Iran organisiert. North wurde zu drei Jahren Gefängnis auf Bewährung verurteilt, aber wegen Verfahrensfehlern bald freigesprochen.

Barry Seal wurde am 19. Februar 1986 in Louisiana auf offener Strasse erschossen, bevor er vor einer Grand Jury aussagen konnte.

Ronald Reagan blieb auch nach seiner Präsidentschaft unbehelligt.

Gesetz- und völkerrechtswidrige Taten blieben ungeahndet

Präsidenten der USA betrogen und belogen ihr Volk regelmässig, indem sie immer wieder militärische Interventionen und Angriffskriege im Geheimen führten und die Beteiligung der USA leugneten.

Präsident Dwight D. Eisenhower hatte 1954 mit einer CIA-Operation Jacobo Arbenz gestürzt, den demokratisch gewählten Präsidenten von Guatemala. Dem amerikanischen Volk wurde verheimlicht, dass es weniger um die «kommunistische Gefahr» als um die Interessen des Bananen-Konzerns United Fruit ging.

Präsident John F. Kennedy befahl einen CIA-geführten Angriff auf Kuba. Als die Invasion in der Schweinebucht scheiterte, hiess es, Kennedy habe sie nicht unterstützt.

Die Präsidenten Johnson und Nixon führten einen streng geheimen Bombenkrieg in Laos. 150'000 Menschen wurden dort in einem Gebiet, das als Free-Fire-Zone erklärt wurde, getötet oder vertrieben.



Man darf nicht wegschauen: Eines von Hunderttausenden Kindern. © atvdenmark

Die Präsidenten Lyndon B. Johnson und Richard Nixon wurden nie zur Verantwortung gezogen für die Lügen, mit denen der Vietnam-Krieg begründet wurde, und für den Einsatz von Agent Orange in den Jahren 1962 bis 1972. Dieses Entlaubungsgift hatte zur Folge, dass Hunderttausende vietnamesische Kinder mit schweren Geburtsfehlern als Krüppel zur Welt kamen. Die Schätzungen schwanken zwischen 150'000 und 500'000.

Auch nach seiner Präsidentschaft wurden Lyndon Johnson und Richard Nixon nie zur Rechenschaft gezogen.

Ronald Reagan schickte US-Special Forces nach El Salvador, um ein Militärregime zu unterstützen, das mit Todesschwadronen oppositionelle Priester, Nonnen, Professoren der Universidad Católica und einen Erzbischof am Altar ermorden liess.

Bill Clinton führte 1999 einen Nato-Angriff auf Rest-Jugoslawien an, ohne dass ein Uno-Mandat vorlag. Die gewaltsame Abtrennung des Kosovo von Serbien wird bis heute von vielen Staaten als völkerrechtswidrig betrachtet.

Präsident Bush liess Gefangene zur Folter in andere Länder überführen, beispielsweise nach Litauen, Polen, Rumänien, in den Kosovo, um Gesetze der USA zu umgehen. Die Foltermethoden in den «fest installierten» Folterzentren – im afghanischen Bagram, im irakischen Abu Ghraib oder in Guantánamo auf Kuba – waren entsetzlich.

Präsident Barak Obama führte in Libyen einen Krieg, den der Kongress nicht autorisiert hatte. Die Winkeladvokaten seiner Administration legitimierten das mit der Begründung, es handle sich nicht wirklich um einen «Kriegszustand». Die 30'000 Nato-Luftangriffe auf Libyen waren also kein Krieg. Deshalb bedurfte es nicht der «War Powers Resolution» des Kongresses.

Gegen keinen dieser Präsidenten wurde nach dem Ausscheiden aus dem Amt ein Strafverfahren eröffnet.

Nie wird ein Präsident der USA, Chinas oder Russlands vor einem Internationalen Gerichtshof stehen

Die Erfahrung zeigt, dass Grossmächte, wo es um ihre sogenannten Sicherheitsinteressen geht, sich nicht um Völkerrecht oder die Versuche der Vereinten Nationen kümmern, eine internationale Justiz zu etablieren. Niemals wird ein Präsident der USA, Chinas oder Russlands vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag stehen. Stets herrscht das Prinzip: Die Kleinen hängt man, die Grossen muss man laufen lassen. Das Bundesstrafgericht in Bellinzona mag einen afrikanischen Minister – wie kürzlich geschehen – wegen Menschenrechtsverletzungen zu zwanzig Jahren Haft verurteilen. Aber niemals wird die Bundesanwaltschaft es wagen, sich mit den USA anzulegen. Da geht Machtpolitik vor Recht und Gesetz.

Nach Angaben des wissenschaftlichen Dienstes des US-Kongresses führten die USA zwischen 2021 und 2023 in 78 Ländern «Operationen zur Terrorbekämpfung» durch, darunter in wenigstens neun Ländern Kampfeinsätze mit Truppen vor Ort (boots on the ground).

Präsident Joe Biden wird für die Rechtmässigkeit nach Ende seiner Präsidentschaft nicht geradestehen müssen.

Oona A. Hathaway, renommierte Juristin der Yale Law School, publizierte im führenden US-Politmagazin «Foreign Affairs» kürzlich einen Artikel mit dem Titel: «For the rest of the world, the U.S. president has always been above the law».

Sie erinnert daran, dass «amerikanische Präsidenten ausserhalb der USA immer und immer wieder straflos Gesetze brechen und der Zivilbevölkerung Tod und Zerstörung zufügen» konnten.

Wenn der Supreme Court jetzt einem Präsidenten eine lebenslange Immunität zusichere, sei das nichts Neues unter der Sonne.

Orbán zur Zeitenwende und Unfähigkeit Europas eigene Interessen zu vertreten

Von Redaktion, Jul 30, 2024 #Orban-Rede, #Tusnádfürdő, #Umwälzungen



27. Juli 2024: Der ungarische Premierminister spricht über globale Umwälzungen

Falls Europa seine Kriegspolitik nicht ändert, werde es bald auf sich allein gestellt sein, erklärte Ministerpräsident Viktor Orbán am Samstag in einer grossen Rede am Schlusstag des 33. freien Sommeruniversitäts- und Studentenlagers in Tusnádfürdő (Băile Tușnad), Rumänien.

Der Ministerpräsident analysierte die kritische Lage, in der sich Europa zurzeit befindet, verstärkt durch die laufende Zeitenwende: Asien werde das dominierende Zentrum der Welt sein. In diesem Zusammenhang bedarf es aus europäischer Sicht einer übergreifenden Strategie, die Orbán detailliert darlegte.

UNSER-MITTELEUROPA bringt nachstehend die Zusammenfassung von Orbáns Rede, doch plant aufgrund der grossen Wichtigkeit des Inhalts noch zusätzlich das Transkript in deutscher Übersetzung ungekürzt in zwei Teilen nachfolgen zu lassen.

Zusammenfassung der Rede von Viktor Orbán – Kurzfassung

Einleitend erwähnte Orbán, dass er am Freitag in Bukarest Gespräche mit seinem rumänischen Amtskollegen geführt habe: «Wir machen Fortschritte», fasste Orbán zusammen. Rumänien sei heute der drittgrösste Wirtschaftspartner Ungarns und die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen bewegten sich auf Rekord-

niveau. Er habe zudem mit dem rumänischen Ministerpräsidenten, Marcel Ciolacu über das Projekt zum Bau einer Hochgeschwindigkeitseisenbahnlinie, Bukarest-Budapest konferiert. Er bestätigte, dass die ungarische EU-Ratspräsidentschaft die Frage des Schengen-Beitritts Rumäniens auf der Oktober-Tagung des Rates der EU-Innen- und Justizminister auf die Tagesordnung setzen werde.

Viele in Brüssel hätten die Bemühungen der ungarischen Friedensmission verurteilt, obwohl in den Verträgen der Union selbst festgeschrieben sei, dass «das Ziel der Union die Förderung des Friedens» sei.

Die Zeit arbeite für die Seite der Friedensbefürworter, erklärte der ungarische Ministerpräsident. Er sagte in Bezug auf die Präsidentschaftswahlen in den USA voraus, dass «Trump ante portas» stehe. Sollte Europa nicht noch vor den US-Präsidentschaftswahlen eine friedfertige Politik einschlagen, werde es nach dem Wahlsieg von Donald Trump gezwungen sein, eine Niederlage zu erleben, um dann im Alleingang dafür die politische Verantwortung übernehmen zu müssen.

Orbán sagte, dass Brüssel es als unangemessen empfinde, die EU-Politik als eine Pro-Krieg zu bezeichnen. Nach Meinung in Brüssel unterstütze die EU den Krieg im Interesse des Friedens. Doch, gleichzeitig hätten seit dem Beginn der ungarischen Friedensinitiative der amerikanische und russische Aussenminister sowie auch der Schweizer miteinander gesprochen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky habe schliesslich Donald Trump kontaktiert und der ukrainische Aussenminister sei in Peking gewesen. Das bedeute, dass ein Prozess des Umdenkens begonnen hätte, fügte Orbán an. Langsam aber sicher bewege man sich von der europäischen Pro-Kriegs-Politik weg, hin zu einer Pro-Friedens-Politik, betonte der ungarische Premierminister.

Orbán sagte, der russisch-ukrainische Krieg habe die Wahrheit ans Licht gebracht, wie die rote Pille aus dem Film Matrix.

Mit seiner Erbarmungslosigkeit schaffe der Krieg neue Perspektiven, wie man sie vorher nicht kannte. In dieser wahren Realität verlören Ideologien ihre Bedeutung, ebenso wie Medienverzerrungen oder die «taktischen kleinen Lügen der Politiker». Wahnvorstellungen spielten keine Rolle mehr, ebenso wenig wie Verschwörungstheorien, erwähnte der Ministerpräsident, doch was durchbreche, sei die nackte, brutale Realität. Über diese Realität sprach dann der Ministerpräsident:

Als ersten Punkt hob er hervor, dass die Kriegsparteien im Kampf extreme Verluste zu beklagen hätten, doch trotzdem zu keiner Einigung kommen wollten. Dafür gebe es zwei Gründe: Einerseits glaubten beide, dass sie gewinnen könnten, andererseits werden beide von ihrer eigenen tatsächlichen bzw. vermeintlichen Wahrnehmung getrieben, sagte er.

Die Ukrainer glaubten, dass es sich um eine russische Invasion handle, die gegen das Völkerrecht und ihre territoriale Souveränität verstosse und sie in Wirklichkeit in Selbstverteidigung handelten und einen Unabhängigkeitskrieg führten. Im Gegensatz dazu meinen die Russen, dass der Ukraine die NATO-Mitgliedschaft versprochen worden sei, doch sie weder NATO-Truppen noch NATO-Waffen an der russisch-ukrainischen Grenze dulden können. Das bedeutet, dass aus Sicht Russlands, sie daraus ihr Recht auf Selbstverteidigung ableiten. Dazu würde es sich nach ihrer Wahrnehmung um einen provozierten Krieg handeln. Mit anderen Worten, jede Partei sähe eine vermeintliche oder tatsächliche Wahrheit und keine der beiden Parteien wollte sich ergeben, fügte Herr Orbán an.

Dies führe zur Eskalation, erklärte der Ministerpräsident und betonte, dass es keinen Frieden geben könne, wenn es nach beiden Parteien ginge. Der Frieden könne nur von aussen kommen.

Zweitens, fuhr Orbán fort: Obwohl die Vereinigten Staaten in den vergangenen Jahren China zu ihrem Herausforderer Nummer eins erklärt hätten, sähen man jetzt, dass sie einen Stellvertreterkrieg gegen Russland führten und China ständig beschuldigten, Russland verdeckt zu unterstützen.

Wenn dem so sei, fügte Herr Orbán hinzu, müsste folgende Frage noch beantwortet werden: Welchen Sinn es mache, zwei so grosse Länder ins feindliche Lager zusammenzutreiben?

Als drittes Element einer durch den Krieg entstandenen Realität hob der Ministerpräsident die über alle Erwartungen reichende Widerstandsfähigkeit der Ukraine hervor. Er führte dies auf die Tatsache zurück, dass die Ukraine mit ihrem Wunsch dem Westen anzugehören, einen neuen Sinn für ihre Existenz entdeckt hätte: Anstatt einer «Pufferzone», verstünde sie sich als östliche Grenzregion des Westens.

Als Punkt Nummer vier stellte Orbán fest, dass Russland nicht eine starre und neostalinistische Autokratie repräsentiere, wie Brüsseler Staats- und Regierungschefs meinten. In Wirklichkeit handle es sich um ein Land, das gegenwärtig technische, wirtschaftliche und vielleicht sogar soziale Flexibilität zeige, sagte Orbán. Im fünften Punkt stellte er fest, dass die europäische Politik zusammengebrochen sei, da Europa, seine eigenen Interessen wahrzunehmen, aufgegeben habe.

Er fügte hinzu, dass Europa derzeit «bedingungslos der Politik der Demokratischen Partei der USA folgt, selbst auf Kosten seiner eigenen Zerstörung», während die gegen Russland verhängten Sanktionen grundlegende europäische Interessen verletzen, die Energiepreise in die Höhe trieben und die europäische Wirtschaft wettbewerbsunfähig machten.

Orbán betonte, dass der Kern des europäischen Machtsystems früher in der Achse Paris-Berlin gelegen habe, die heute nicht mehr existiere bzw. «unbedeutend und vermeidbar» geworden sei. Hingegen gebe es nun eine neue Machtachse, die sich von London, Warschau, Kiew, den baltischen Staaten bis zu den skan-

dinavischen Staaten zöge. Der Premierminister erinnerte daran, dass die Ablösung der Achse Paris-Berlin keine neue Idee sei, sondern «einem alten polnischen Plan» folge, dessen Kern darin bestehe, dass Polen zum amerikanischen Stützpunkt Nummer eins auf dem Kontinent werde, was erst durch den aktuellen Krieg ermöglicht worden sei.

Das sei ein alter Plan gewesen: Russland zu schwächen und Deutschland zu überflügeln, sagte Orbán und erklärte, dass die Polen die scheinheiligste und doppelzüngigste Politik in ganz Europa verfolgten, da sie zwar «blindlings Geschäfte mit den Russen machen», während sie Ungarn dafür moralisch belehrten.

Orbán sagte auch, dass Polen die Visegrád-Kooperation zugunsten dieser neuen Strategie aufgegeben habe, weil V4 [Visegrád] davon ausging, dass es ein starkes Deutschland, wie auch ein starkes Russland gebe und V4 zwischen diesen beiden, in Zusammenarbeit mit den Staaten Mitteleuropas, für einen dritten Faktor sorgte.

In Bezug auf die Stärke Warschaus verwies der Premierminister darauf, dass die polnische Armee nach der französischen die zweitgrösste Armee Europas sei und das Land fünf Prozent seines BIP für die Verteidigung ausbebe.

Orbáns Friedensmission ziele nicht nur auf Frieden ab, sondern auch darauf Europa zu drängen, endlich einer eigenen Politik nachzugehen, so der Ministerpräsident.

Als sechsten Punkt nannte er, dass der Krieg seiner Meinung nach auch gezeigt habe, dass sich der Westen in einer «intellektuellen Isolation» befände, nachdem er sich bis dato als Bezugspunkt, als eine Art globaler Standard verstanden hätte, um Werte wie liberale Demokratie oder die grüne Wende vorzugeben und was die Welt zu akzeptieren hätte.

Diesbezüglich habe es in den letzten zwei Jahren eine 180-Grad-Wende gegeben: Während der Westen den Rest der Welt angewiesen habe, auf moralischer Basis gegen Russland und für den Westen Stellung zu beziehen, hätten in Wahrheit alle andern Russland unterstützt, so der Premierminister.

Es sei nicht verwunderlich, dass beispielsweise Nordkorea und China Russland unterstützten. Auch Iran, Indien und das NATO-Mitglied Türkei hätten sich ihnen angeschlossen und auch die muslimische Welt sähe in Russland ihren Partner.

Im siebten Punkt sagte der Premierminister, der Krieg habe gezeigt, dass das grösste Problem der Welt derzeit die Schwäche und der Zerfall des Westens sowie die von den westlichen Medien verbreitete Darstellung sei, wonach Russland die grösste Bedrohung der Welt darstelle.

Dies sei ein Irrtum: Russland sei ein Land unter extrem rationaler Führung, die verständlich und vorhersehbar sei, im Gegensatz zum Westen, dessen Verhalten weder rational noch vorhersehbar sei, so der Premierminister. Er fügte an, dass der Westen nicht in der Lage sei, mit der Situation umzugehen, dass es inzwischen zwei Sonnen am Himmel gebe, d.h. dass mit dem Aufstieg Chinas und Asiens eine neue Herausforderung entstanden sei.

Die eigentliche Aufgabe Ungarns bestehe darin, das dem Westen verständlich zu machen, zumal Mitteleuropäern der Westen irrational erscheine. Orbán erklärte, dass der Widerspruch damit erklärt werden könne, dass die mitteleuropäische Weltanschauung auf dem Konzept von Nationalstaaten beruhe. Hingegen spreche der Westen Nationalstaaten die Berechtigung ab.

Seiner Ansicht nach hätten Nationalstaaten eine «biblische» Begründung, aber dieser Ansatz werde vom Westen geleugnet. In dessen Augen gebe es keine Nationalstaaten. Auch zu anderen wichtigen Fragen, wie zur Migration, gebe es Differenzen. In seiner Rede hob der Premierminister hervor, dass in der östlichen Hälfte Europas Christen einander zu Hunderttausenden umbrächten, während in den westlichen Teilen des Kontinents Menschen aus fremden Zivilisationen zu Hunderttausenden ins Land gelassen würden.

Aus der Sicht Mitteleuropas ist das eine Absurdität schlechthin, aber diese Sichtweise, bemerkte der Ministerpräsident, würde von der Europäischen Union nicht nur gedacht, sondern auch verkündet. Die EU verfolge damit das Ziel, «die Nationen zu transzendieren» und die Souveränität der Nationalstaaten an Brüssel abzugeben.

Nach Ansicht von Orbán läuft in den Vereinigten Staaten ein ähnlicher Kampf ab, weswegen in Bezug auf die US-Präsidentschaftswahlen viel auf dem Spiel stehe. Der republikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump hat sich vorgenommen, das amerikanische Volk vom postnationalen liberalen Staat zum Nationalstaat zurückzuführen.

Aus diesem Grund werde versucht, Donald Trump von der Kandidatur abzuhalten. Deshalb wolle man ihn ins Gefängnis stecken, ihm sein Vermögen entziehen und ihn gar töten. Er betonte, dass er am Freitag mit dem ehemaligen Präsidenten gesprochen habe, der den Teilnehmern des Camps seine Grüsse übermitteln lasse.

Als politische Konsequenz des postnationalen Staates, der an den Grundfesten der Demokratie rüttle, sprach der Premierminister auch über die politischen Probleme des Elitismus und Populismus. Die Eliten verurteilen das Volk für seinen Rechtsruck und bezeichnen die Gefühle und Gedanken des Volkes als fremdenfeindlich, homophob und nationalistisch. Im Gegenzug wirft das Volk den Eliten vor, sich nicht um das zu kümmern, was für das Volk wichtig wäre, sondern in einer Art sinnlosem Globalismus zu versinken, so Orbán.

Damit stelle sich auch das Problem der repräsentativen Demokratie: Die Elite wolle das Volk gar nicht vertreten und sei sogar stolz darauf. So habe das Volk keine Vertretung.

Für die Eliten sind nur die Ansichten von Menschen mit Hochschulabschluss akzeptabel. Dies hat zur unmittelbaren Folge, dass Brüssel weiterhin von einer liberalen Oligarchie besetzt werde. Der Ministerpräsident betonte:

Diese linksliberale Elite organisiert in Wirklichkeit eine transatlantische Elite: Sie ist nicht europäisch, sondern global. Sie ist nicht nationalstaatlich, sondern föderal. Und sie ist nicht demokratisch, sondern politisch!

Nach dem Krieg werde es zu einem globalen Systemwechsel kommen, wie es ihn seit 500 Jahren nicht mehr gegeben habe, so Orbán. In den kommenden langen Jahrzehnten, vielleicht sogar Jahrhunderten, werde Asien das dominierende Zentrum der Welt sein, sagte er und erwähnte dabei ausdrücklich China, Indien, Pakistan und Indonesien. Die Demographie ist auf der Seite Asiens, der technologische Vorsprung sei in immer mehr Bereichen dort vorhanden: Es gebe auch einen Kapitalvorteil. Die militärische Macht im Vergleich zum Westen gleiche sich aus – das meiste Geld werde in Asien gemacht werden. Asiaten werden die weltgrössten Unternehmen, die besten Universitäten, die weltbesten Forschungsinstitute und die grössten Börsen haben, führte er aus.

Victor Orbán sagte, Donald Trump arbeite daran, die amerikanische Antwort auf diese Situation zu finden: In Wirklichkeit, so sagte er, sei der Versuch von Donald Trump wahrscheinlich die letzte Chance für die Vereinigten Staaten, ihre Vormachtstellung in der Welt zu bewahren.

Europa habe zwei Möglichkeiten. Die erste Option, auf die es jetzt zusteueere, sei, ein Freilichtmuseum in einer untergeordneten Rolle zu bleiben, den Vereinigten Staaten unterworfen, was die Welt zwar weiterhin bewundern werde, aber «keine Wachstumsdynamik mehr» brächte. Die zweite Option, die der französische Präsident Emmanuel Macron gefordert habe, sei eine strategische Autonomie: Mit anderen Worten, müsste Europa sich am Rennen des globalen Systemwechsels beteiligen, erklärte er.

Es sei möglich für Europa, Kapital anzuziehen. Es sei möglich, grosse Infrastrukturprojekte, insbesondere in Mitteleuropa, voranzutreiben. Es brauche ein europäisches Militärbündnis mit einer starken europäischen Verteidigungsindustrie, inklusive Forschung und Innovation. Europa solle eine europäische Energieautarkie anstreben, die ohne Kernenergie nicht auskäme. Und nach dem Krieg wird sich Europa auf ein neues Verhältnis mit Russland einigen müssen, führte Orbán aus.

Der derzeitige globale Systemwandel sei jedoch in erster Linie eine Chance und keine Bedrohung: Unser Handlungsspielraum sei so gross, wie nie zuvor über die letzten 500 Jahren, so der Ministerpräsident.

Er betonte, dass Europa vor 500 Jahren der Gewinner, doch Ungarn der Verlierer des vorangegangenen globalen Systemwechsels gewesen sei. Denn, während sich der westlichen Hälfte des Kontinents eine neue Wirtschaftslandschaft eröffnete, wurde Ungarn durch die islamische Eroberung für lange Zeit zum Kriegsgebiet, so dass das Land – da es sich nicht selbst befreien konnte – gezwungen war, sich einer deutschen – und Habsburger Welt anzuschliessen.

Viktor Orbán vertrat die Ansicht, dass sich die Entwicklungen in den Vereinigten Staaten vorteilhaft entwickeln könnten, aber er glaube nicht, dass aus dem Ausland ein besseres wirtschaftliches und politisches Angebot als das der EU-Mitgliedschaft käme. Doch, falls notwendig, wäre es eine Option.

Er fügte hinzu, dass Ungarn von China ein Maximalangebot erhalten habe: Für China ist die EU-Mitgliedschaft Ungarns ein Wert, «im Gegensatz zu den Amerikanern, die immer wieder vorschlagen, dass wir austreten sollten». Das Angebot Chinas bestehe darin, dass «wir uns gegenseitig an der Modernisierung beteiligen», auch wenn die Grössenverhältnisse nicht ausser Acht zu lassen seien.

Der westliche Teil der Europäischen Union werde nicht mehr zum Format des Nationalstaats zurückkehren, schloss der Ministerpräsident und fügte an, dass die östliche Hälfte der Gemeinschaft das Format des Nationalstaats verteidigen könne.

Orbán sagte, die EU habe den gegenwärtigen Krieg verloren, die Vereinigten Staaten würden sie im Stich lassen. Er fügte hinzu, Brüssel werde nicht in der Lage sein, den Krieg in der Ukraine zu finanzieren, was bedeute, dass «die Europäische Union den Preis für das Kriegsabenteuer zu zahlen» habe. Der werde «hoch sein und auch uns negativ beeinflussen».

Daraus folge, so Orbán, dass die Europäische Union akzeptieren werde, dass die mitteleuropäischen Länder in der Europäischen Union blieben, dabei aber auf nationalstaatlichen Grundlagen eine eigenständige Aussenpolitik verfolgen.

Das gefalle Brüssel nicht, sie müssten es aber tolerieren, zumal die Zahl solcher Länder zunehmen werde, so der Ministerpräsident. Er vertrat die Auffassung, dass «aus den Richtungen Amerika, Asien und Europa die Voraussetzungen für eine eigenständige Nationalitätenpolitik kommen» und dem Handlungsspielraum weite Grenzen setzen werden.

Wenn es um einen globalen Systemwechsel geht, brauche es auch «eine übergreifende ungarische Strategie», so der Ministerpräsident. Er bekräftigte, die politischen Aktionspläne, die grösstenteils 2010 begonnen worden seien und bis 2030 reichten, fortzusetzen und abzuschliessen. Längerfristig, im Zuge eines globalen Systemwandels, der sogar Jahrhunderte dauern könne, werde dies jedoch nicht ausreichen.

Die Grundlage der ungarischen Gesamtstrategie sei die Konnektivität, um sich in beide – die westliche und östliche Weltwirtschaft einbinden zu lassen. Mitteleuropa dürfe sich weder in den Krieg gegen Osten, noch technischen und handelspolitischen Blöcken anschliessen, betonte Herr Orbán. Er fügte hinzu, dass es gelte, Freunde und Partner zu suchen, doch sich nicht zu wirtschaftlichen oder ideologischen Feinden machen zu lassen. Das heisst, man müsse den härteren Weg der Unabhängigkeit beschreiten.

Der Ministerpräsident wies darauf hin, dass der Schutz der Souveränität auf wirtschaftlicher Grundlage ein ebenso wichtiges Prinzip sei. Nationale Champions, wettbewerbsfähige mittelständische Unternehmen, Unternehmen, die für die lokalen Märkte produzieren, sowie kleine und mittlere Unternehmen bilden die wirtschaftlichen Grundlagen.

Die ungarische Wirtschaft, hätte die Grundlage für Souveränität abzugeben, so der Ministerpräsident. Orbán sagte, dass es auch im Ausland wettbewerbsfähige nationale Champions im Bankensektor, Energiesektor, in der Lebensmittelindustrie, Produktion von landwirtschaftlichen Rohstoffen, Informationstechnologie, Telekommunikation, Medien, Bauindustrie, Immobilienentwicklung, pharmazeutischen Industrie, Verteidigungsindustrie, Logistik und durch die Universitäten in gewissem Masse auch in der Wissensindustrie gebe. Der Mittelstand mit seinen rund 15'000 Unternehmen sei wettbewerbsfähig: Im «Friedenshaushalt» 2025 werde die ungarische Regierung wichtige Programme für kleine und mittlere Unternehmen auflegen.

In seiner Rede bezeichnete Orbán die Stärkung der finanziellen Unabhängigkeit des Landes, die Reduzierung der Staatsverschuldung auf 30 Prozent und den Aufstieg Ungarns zu einem globalen Kreditgeber als wichtige Prioritäten.

Es sei wichtig, ein Produktionszentrum zu bleiben und nicht zu einer dienstleistungsorientierten Wirtschaft überzugehen. Orbán fügte hinzu, dass man nicht den Fehler des Westens begehen dürfe, nämlich Gastarbeiter zur Ausübung bestimmter Produktionsaufgaben einzustellen, da dies einen Prozess der sozialen Desintegration in Gang setze, der nur schwer zu stoppen sei.

Der Premierminister sagte, dass die ungarische Gesellschaft für die Umsetzung dieser Strategie über eine feste und flexible Sozialstruktur verfügen müsse und dass eine Umkehr des demografischen Rückgangs die Grundlage dafür bilde.

«Wir haben gut angefangen, aber jetzt sind wir zum Stillstand gekommen,» bewertete der Ministerpräsident und stellte fest, dass man wieder in Schwung kommen müsse: Bis 2035 muss Ungarn ein sich selbst tragendes Niveau im demografischen Sinne erreichen, wobei der Import von Bevölkerung durch Migration ausgeschlossen werden müsste.

Im Fall der Verabschiedung des «Friedensbudgets» müsse das Steuergeld für Kinder verdoppelt werden und zwar nicht in einem, sondern in zwei Schritten innerhalb eines Jahres, um den Schwung der demografischen Verbesserung wiederzuerlangen, erläuterte Orbán und fügte hinzu, dass man in der Zwischenzeit kontinuierlich diejenigen aus Westeuropa anziehen müsse, die in einem christlich-nationalen Land leben wollten. Ihre Zahl werde allmählich zunehmen, «es sollte keinen Automatismus geben, wir sind jetzt in der Lage zu wählen».

Es sei wichtig, die eigene und finanzielle Unabhängigkeit der Mittelschichten – also der Familien – zu erreichen und Vollbeschäftigung zu halten, «und der Schlüssel dazu ist, die derzeitige Beziehung zwischen Arbeit und der Roma-Gemeinschaft aufrechtzuerhalten».

«Es gibt Arbeitsplätze, aber ohne Arbeit kann man seinen Lebensunterhalt nicht verdienen – das ist die Essenz des Deals und des Angebots», fasste der Ministerpräsident zusammen.

Er fügte hinzu, dass die derzeitige übergreifende ungarische Strategie noch «roh und starr» sei, was bedeute, dass sie nicht leicht verdaulich und verständlich wäre: Es werde noch gut sechs Monate dauern, um dieses Stadium zu ändern.

Nach Ansicht des Ministerpräsidenten müsse die ungarische Gesamtstrategie auf nationalen Grundlagen beruhen.

Er wies darauf hin, dass in absehbarer Zeit alle Beihilfen, die der Stabilität und Flexibilität der ungarischen Gesellschaft dienen – wie etwa das System der Familienförderung – auf alle von Ungarn bewohnten Gebiete ausgedehnt werden müsse, auch auf jene jenseits der Grenzen.

Der Ministerpräsident sagte, das ungarische Dorfsystem müsse erhalten bleiben. Dörfer seien keine Symbole der Rückständigkeit. Dienstleistungen auf städtischem Niveau müssen auch in den Dörfern angeboten werden und die Städte hätten einen Teil der finanziellen Belastung dafür übernehmen.

In Bezug auf den Schutz der Souveränität betonte Herr Orbán, dass es wesentlich sei, nationale Verschiedenheit zu schützen. Neben der Bewahrung der Sprache besteht ein weiteres Mittel darin, einen religiösen Nullzustand zu vermeiden, falls das Christentum nicht mehr als moralischer Kompass und Orientierung diene.

Der Premierminister wies darauf hin, dass die Politik an den nationalen Charakter angepasst werden müsse. Die kollektive Essenz, die zu begreifen sei, ist die Freiheit, die wir auch nach innen aufbauen müssen. Nicht nur die Freiheit der Nation, sondern auch die persönliche Freiheit des einzelnen Ungarn müsse aufgebaut werden. Für einen Ungarn ist die Ordnung kein Wert an sich, sondern ein Zustand, der für die Freiheit not-

wendig sei, in dem wir ungestört leben können. «Mein Haus ist mein Haus, es ist mein Schloss, es ist mein Leben, und ich entscheide selbst, was mir ein gutes Gefühl gibt», sagte er.

Die Veränderung der Weltordnung werde ein langer Prozess sein – er werde 20 bis 25 Jahre dauern – während es Debatten geben werde.

Unsere Gegner werden sagen, dass wir uns integrieren müssten, anstatt eine übergreifende nationale Strategie zu verfolgen. Deshalb werden sie uns ständig angreifen und auf einen Kurswechsel hinarbeiten. Sie werden nicht nur den Inhalt, sondern auch die Notwendigkeit der übergreifenden Strategie in Frage stellen, sagte Orbán und wies gleichzeitig darauf hin, dass man diesen Kampf aufnehmen müsse.

Zum Problem des Zeitrahmens sagte er, dass die Umsetzung der letzten Phase der Strategie den jungen Menschen in ihren Zwanzigern und Dreissigern obliegen werde. Deshalb müssen man schon jetzt damit beginnen, junge Menschen zu rekrutieren, und er fügte hinzu, dass das nationale Lager nur dann auftauche, wenn das Signalhorn ertöne, und sich nur unter hochgehaltenen Fahnen versammeln kann. Deshalb müssen wir tapfere junge Kämpfer mit nationalem Empfinden finden.

Auf eine Frage aus dem Publikum zur «Vielfalt» anlässlich der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele und auf einen Vorschlag zur Unterdrückung der ungarischen Gender-Propaganda, antwortete Orbán mit einem Appell zur Ruhe.

Man solle die Franzosen nicht beleidigen, auch wenn wir uns durch das, was wir gesehen haben, beleidigt und verletzt fühlten, sagte er. Er wies darauf hin, dass die Franzosen jetzt und auch in Zukunft in vielen Punkten Ungarns Verbündete seien und es viel mehr Überschneidungen gebe, als man vermuten könnte. Wir werden mit jemandem zusammenarbeiten müssen, sagte der Ministerpräsident.

Herr Orbán sagte, «am Ende des Tages hat jede Nation das Recht, ihr wahres Gesicht zu zeigen; das haben wir gesehen!»

Auf eine andere Frage über den Wahnsinn in Europa antwortete er, dass das, was uns als Wahnsinn erscheine – indem die Menschen in Westeuropa sich irrational verhielten – in Wirklichkeit kein Wahnsinn oder irrationales Verhalten sei, sondern eine völlig andere Konstruktion der Welt [Weltanschauung].

Gleichzeitig wird es weiterhin Staaten geben und sie werden unsere Partner in der Europäischen Union (in diesem verrückten Zustand) sein.

Er sagte, in gewisser Hinsicht genieße er sogar die Sitzungen des Europäischen Rates. Er müsse als mittteleuropäischer Ministerpräsident zwei Haltungen gleichzeitig verkörpern – seine eigene und ihre – und müsse auch immer wieder versuchen, die komplexe Beziehung zwischen beiden zu finden. Das sei die schönste Facette der Politik im intellektuellen Sinn, so der Ministerpräsident.

Übersetzung aus dem Englischen: UNSER-MITTELEUROPA

Quelle: <https://unser-mittleuropa.com/143110>



Ein Artikel von: Tobias Riegel, 30. Juli 2024 um 12:00

Titelbild: Shutterstock/ Gorloff-KV

Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) hat seine Bedingungen für mögliche Eintritte in Regierungen konkretisiert: Die Partei macht Koalitionen in ostdeutschen Bundesländern auch von der Haltung der Partner

zum Krieg in der Ukraine abhängig. Der Vorstoss ist inhaltlich und taktisch genau richtig – viele Reaktionen sind entsprechend wütend. Ein Kommentar von Tobias Riegel.

Die Parteichefin des BSW, Sahra Wagenknecht, sagte laut Medienberichten gerade: «Wir werden uns nur an einer Landesregierung beteiligen, die auch bundespolitisch klar Position für Diplomatie und gegen Kriegsvorbereitung bezieht.» Denn es sei klar, «dass ein neues Wettrüsten Milliarden verschlingt, die dringend für Schulen, Krankenhäuser, Wohnungen und höhere Renten gebraucht werden».

Neben dem schwachen Argument, auf Landesebene würde ja gar nicht über Krieg und Frieden entschieden, wurden teils scharfe Reaktionen gegen diese BSW-Position vorgebracht – das war zu erwarten, schliesslich soll das Eintreten für Diplomatie und Waffenstillstand in Deutschland momentan unter einer massiven Welle der militaristischen Propaganda in allen grossen Medien begraben werden. Und wenn das nicht reicht, dann kommen noch polemische Behauptungen von umstrittenen Politikern dazu, wie gerade vom CDU-Bundestagsabgeordneten Roderich Kiesewetter. Der sagte dem Redaktionsnetzwerk Deutschland zur aktuellen BSW-Aussage:

«Für uns als CDU muss klar sein, dass eine Zusammenarbeit auf jeder Ebene mit diesem Kreml-Ableger undenkbar ist. Frau Wagenknecht macht damit klar, dass das BSW zum Ziel hat, russische Interessen zu deutscher Politik zu machen.»

Wenn Diplomatie zum Skandal erklärt wird

Die «Junge Welt» zitiert unter der treffenden Überschrift «Frieden als Skandal» weitere Reaktionen und schliesst daraus, dass das BSW kaum in eine Landesregierung wird eintreten können, wenn es in dieser Frage «stabil» bleibe. Laut dem Bericht warf Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt Wagenknecht (und der AfD) Unehrllichkeit vor: «Sie sagen, sie wollten Frieden, aber eigentlich geht es ihnen nicht um einen gerechten Frieden in der Ukraine oder Frieden mit Russland, sondern darum, dass man selbst in Frieden gelassen wird», sagte sie gegenüber dpa. Wagenknechts «Rezepte» liefen «auf eine Instabilität der Region und damit auf eine Verlängerung des Krieges hinaus». Der Thüringer SPD-Chef Georg Maier erklärte demnach, «keine ernstzunehmende Partei im Bund» werde sich «dahingehend erpressen lassen, die Unterstützung für ein demokratisches Land einzustellen, das von Russland brutal überfallen wurde».

Zur weiteren Wirkung des BSW-Vorstosses schreibt die «Junge Welt»:

«Die Ampelparteien, die Union, deren Bundespartei spitze haben beim Thema Russland/Ukraine noch aggressiver agiert als die Regierung, und die Linkspartei haben alle ein Interesse daran, dass das Friedenthema nicht die Landtagswahlkämpfe beherrscht. Dieses Kalkül durchkreuzt Wagenknecht. Sie macht es damit auch der AfD unmöglich, das Friedenthema allein zu besetzen.»

Selbst die «taz» hat auch Lob für das taktische Vorgehen des BSW – auch wenn sie sich dabei eben der harten Wählerbeschimpfung bedient, die sie dann als kontraproduktiv bezeichnet:

«Zugleich schärft sie damit ihr Profil in der «Friedensfrage», denn das ist ihr Trumpf. Die AfD schlägt zwar vergleichbare Töne an, aber deren «Markenkern» ist die Migration. Das BSW dagegen spricht all jene an, die den Kurs der anderen Parteien gegenüber Russland ablehnen oder skeptisch sehen – sei es aus ehrlicher Angst vor einer Eskalation, aus Sympathien für Diktator Putin oder Antiamerikanismus. Oder einfach aus Egoismus, weil einem der persönliche Wohlstand wichtiger ist als das Schicksal der Ukraine. Das kann man zynisch finden. Aber mit Wählerbeschimpfung wird man niemanden überzeugen können, der mit dem BSW sympathisiert. Und auch nicht, indem man die Ukrainepolitik der Bundesregierung als alternativlos darstellt. Mit ihrem kompromisslosen Anti-Kurs spricht Wagenknecht viele Wähler an. Sollte ihr am Ende die Rolle einer Königsmacherin zufallen, kann sie es sich ja noch mal anders überlegen und zum Beispiel eine Minderheitsregierung tolerieren. Hauptsache, sie bestimmt den Preis dafür.»

Latte für Koalitionen sehr hoch – angemessen hoch

Ich finde die aktuellen Koalitionsaussagen von Wagenknecht inhaltlich und strategisch sehr gut. Inhaltlich haben sich die NachDenkSeiten schon lange für den Weg der Diplomatie, des Waffenstillstands und der möglich gewordenen Kriegsverhinderung im Vorfeld des Ukrainekriegs starkgemacht: Diplomatie bleibt der einzig sinnvolle und moralisch vertretbare Weg. Die Verweigerung durch die Bundesregierung und die CDU ist skandalös und gefährlich.

Strategisch legt die BSW-Aussage die Latte für Koalitionen sehr hoch – angemessen hoch, finde ich. Mit den aktuellen Vorstössen werden auch Koalitionsaussagen des BSW von Mitte Juni wieder relativiert, die manchen BSW-Anhängern möglicherweise zu weitgehend und zu früh und mit zu wenigen konkreten Bedingungen verknüpft erschienen waren. Damals hatte laut Medien die BSW-Ko-Vorsitzende Amira Mohamed Ali gesagt, dass die Partei bereit sei, nach den Landtagswahlen im Herbst Koalitionen mit der CDU einzugehen. Man sei offen für Gespräche. Sie hatte ergänzt: «Selbstverständlich wissen wir, dass, wenn wir in die Landtage mit entsprechender Stärke einziehen, wir da auch eine Verantwortung haben.» Allerdings sei ihre Partei kein Steigbügelhalter. Man werde keine Politik unterstützen, bei der es einfach so wie-

tergehe wie bisher, so Ali. Dieser wichtige Zusatz am Ende, der bisher etwas untergegangen war, wurde nun aktualisiert und verstärkt. Das war nötig.

Viele Anhänger des BSW stellen sich vermutlich auch die grundsätzliche Frage: Sollte das BSW überhaupt jetzt schon in Regierungen eintreten? Oder sollte die Partei erstmal eine konsequente Opposition sein, um die vielen wichtigen Themen oppositionell zu bearbeiten, die dort bisher nicht oder nur von der AfD besetzt werden? Mit der jetzigen Aussage zu der Koalitionsbedingung «Diplomatie» könnte zumindest theoretisch auch bei einem sehr guten Wahlergebnis des BSW ein solcher Verbleib der Partei in der Opposition noch nachvollziehbar erklärt werden. Dieses Kalkül vermutet auch die «Hamburger Morgenpost»: «Nimmt man Wagenknechts Bedingungen ernst, blieben – mit Ausnahme von Sachsens CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer – kaum Koalitionspartner übrig. Und genau das ist möglicherweise auch die Absicht.»

Die «Leipziger Volkszeitung» behauptet dreist: «Die Volte ist ein Beleg für Wagenknechts Ferne zum demokratischen Westen und ihre Nähe zu Russland, die jener der AfD kaum nachsteht. Typisch ist überdies die Dreistigkeit, mit der Wagenknecht agiert. Sie erhebt eine Forderung, die den Grundwerten potenzieller Partner widerläuft. Dabei instrumentalisiert sie hemmungslos Stimmungen in der Bevölkerung.»

Aufregung hatte die folgende Aussage von Thüringens CDU-Chef Mario Voigt ausgelöst, die manche Beobachter laut Medien wohl als ein Zugehen auf das BSW verstanden hatten: «Deutschland war immer eine diplomatische Macht und das, was ich von einer Bundesregierung erwarte, ist, dass sie mehr diplomatische Initiativen startet, damit wir auch zu Lösungen kommen.»

Was hat der Krieg denn mit der Landtagswahl zu tun?

Über Krieg und Frieden wird nicht auf Landesebene entschieden: Das stimmt. Aber auch Landtagswahlen (ebenso wie EU-Wahlen) sind wichtige Möglichkeiten, die politische Stimmung vieler Bürger auszudrücken (auch gegenüber der Bundespolitik), wenn diese Stimmung in den Medien gar nicht oder nur verzerrt dargestellt wird – etwa die Tatsache, dass massenhaft Bürger den von Ampelregierung und CDU vertretenen Kriegskurs fundamental ablehnen, da er zulasten der hiesigen und der ukrainischen Bürger geht und eine unmoralische und sinnlose Verlängerung eines Kriegs darstellt, der im Vorfeld leicht von westlicher Seite hätte verhindert werden können. Für solche Zeichen sind auch Landtagswahlen gut geeignet. Und es ist legitim, sie dafür zu nutzen.

Ausserdem strahlt die auf nationaler Ebene verantwortete Kriegspolitik allein durch die für Rüstung verwendeten Unsummen in alle Winkel jedes Bundeslandes. Die Folge der Aufrüstung sind soziale Kürzungen, die mindestens indirekt auch teilweise auf die Landesebene durchschlagen – dagegen «darf» man sich auch in den Ländern stellen.

SPD: Koalition mit BSW im Bund wegen «prorussischer Haltung» ausgeschlossen

CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann schliesst Koalitionen seiner Partei mit dem BSW auf Landesebene nicht grundsätzlich aus, wie Medien berichten. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sagte dazu: In den Ländern werde über Koalitionen «immer vor Ort entschieden». Eine Koalition mit dem BSW im Bund hat der Kanzler dagegen ausgeschlossen, wie Medien berichten: «Auf Bundesebene halte ich eine solche Koalition angesichts der prorussischen Haltung des BSW nicht für möglich.» In dieser Frage muss sich aber die SPD bewegen und nicht das BSW – dann gäbe es auch für die SPD vielleicht wieder etwas Hoffnung.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=118925>

Besteht die Gefahr, dass Kamala Harris in der Aussenpolitik «weich» wird? Die aussenpolitischen Strategien der USA werden in der Öffentlichkeit kaum diskutiert und von den herrschenden Schichten als lebensnotwendig und von entscheidender Bedeutung angesehen.

Von Alastair Crooke, 29.07.2024 - übernommen von strategic-culture.su
30. Juli 2024



© Photo: Public domain

Aussergewöhnliche Zeiten: Biden verzichtet in einer knappen Sonntagnachmittagspost auf seine Kandidatur; er zieht sich in ein Schweigen zurück, das schliesslich durch einen aus dem Oval Office verkündeten «langen Abschied» gebrochen wird. Bidens Mitarbeiter erfuhren von seinem Verzicht erst eine Minute vor der Veröffentlichung des Schreibens. Dann wurde das Internet von CrowdStrike zerstört, und der Leiter des US-Geheimdienstes gibt einen Bericht über den Attentatsversuch auf Trump heraus, der beide Seiten im Kongress über die offensichtliche Inkompetenz entsetzt – oder etwas «Schlimmeres» befürchten lässt. Alle sind fassungslos.

Da alle Informationsströme in den Medien verfälscht sind und es keine «glaubwürdige Person» gibt, die erklärt, was vor sich geht, werden wir völlig ins Abseits gedrängt. Im Moment ist es unmöglich, sich zu orientieren. In den Medien geht es zunehmend um eines: «Lasst uns für euch denken. Lasst uns eure Augen und eure Ohren sein. Macht unsere neuen Worte und Phrasen zu eurer Sprache. Die Erklärungen und Hypothesen, die angeboten werden, wirken so wenig überzeugend, dass sie eher einen bewussten Versuch darstellen, die Öffentlichkeit zu desorientieren – und ihr den Bezug zur Realität zu entziehen.»

Doch auch wenn das Wesen des internen US-Konflikts verschleiert ist, so wurde doch ein Schleier über die Funktionsweise des Tiefen Staates gelüftet: Es ist allgemein bekannt, dass die Absetzung Bidens – hinter den Kulissen – von Barack Obama geplant wurde. Pelosi war die «Vollstreckerin» («Wir können das [Bidens Amtsenthebung] auf die einfache Art tun – oder auf die «harte Art»», warnte Pelosi den Biden-Kreis).

Rod Blagojevich (der Obama seit 1995 kennt) erklärt im Wall Street Journal das Wesentliche des Geschehens: «Wir [er und Obama] sind beide in der Chicagoer Politik aufgewachsen. Wir wissen, wie sie funktioniert – mit den Bossen über dem Volk. Herr Obama hat seine Lektionen gut gelernt. Und was er Herrn Biden gerade angetan hat, ist das, was die politischen Bosse in Chicago seit dem Brand von 1871 getan haben – Selektionen, die als Wahlen getarnt sind. Herr Obama und ich kennen diese Art der Chicagoer Politik besser als jeder andere. Wir sind beide in ihr aufgewachsen, und ich wurde von ihr in den Ruin getrieben.

Die heutigen Chefs der Demokraten mögen zwar anders aussehen als die zigarrenmampfenden Typen von früher, aber sie arbeiten auf dieselbe Weise – im Schatten des Hinterzimmers. Obama, Nancy Pelosi und die reichen Spender – die Hollywood- und Silicon-Valley-Eliten – sind die neuen Chefs der heutigen Demokratischen Partei. Sie haben das Sagen. Die Wähler, die meisten von ihnen arbeitende Menschen, sind dazu da, belogen, manipuliert und kontrolliert zu werden.

Die ganze Zeit über haben Herr Biden und die demokratischen Politiker behauptet, dass es im diesjährigen Präsidentschaftswahlkampf um die «Rettung der Demokratie» geht. Sie sind die grössten Heuchler in der Geschichte der amerikanischen Politik. Sie haben erfolgreich manipuliert, um ihren ordnungsgemäss gewählten Präsidentschaftskandidaten loszuwerden ... [Bidens] Untauglichkeit für die Wiederwahl heute ist nicht einfach so passiert. Die Demokraten haben es lange Zeit vertuscht. Doch nach der Präsidentschaftsdebatte im Juni konnten Obama und die Demokraten-Bosse seinen Zustand nicht länger verbergen. Das Spiel war aus, und Joe musste gehen.

Der Nationale Parteitag der Demokraten in Chicago im nächsten Monat wird die perfekte Kulisse und den perfekten Ort für Herrn Obama bieten, um seine Arbeit zu beenden und seinen Kandidaten zu wählen, nicht den Kandidaten der Wähler. Demokratie, nein. Chicagoer Mündelpolitik, ja.»

Nun, es scheint, dass Kamala Harris – die nie eine Vorwahl gewonnen hat – wieder im Begriff ist, den Vorwahlprozess durch orchestrierten Beifall zu umgehen, der Gerüchten zufolge von der Clinton-Familie konzentriert ist, während die Obama-Familie (Dons der Chicagoer Politmafia) gegen sie ist und leise wettet. Ist es geschafft? Wird Kamala Harris die Kandidatin der Demokraten sein?

Vielleicht – aber wenn es eine grosse internationale Krise gäbe, z.B. im Nahen Osten oder mit Russland, könnten sich die Dinge möglicherweise ändern.

Wie das?

Um dorthin zu gelangen, wo Harris «ist», «ging sie von einer knallharten Staatsanwältin als Bezirksstaatsanwältin in Kalifornien – zur extremen Linken», sagten kalifornische Delegierte beim RNC gegenüber «The American Conservative»: «Sie und Gavin Newsom haben bei ihrem Aufstieg in der Demokratischen Partei 2024 versucht, immer weiter nach links zu rücken. Sie mussten die extremsten Positionen zur Kriminalität, zur Abtreibung, zur DEI, zur offenen Grenze, zur Wirtschaftspolitik und zur konfiskatorischen Besteuerung einnehmen. Das kommt in den meisten Teilen des Landes wirklich nicht gut an.»

Harris unterscheidet sich von Bidens Aussenpolitik auch dadurch, dass sie der Notlage der Palästinenser in Gaza ausdrücklich mehr Sympathie entgegenbringt.

Die aussenpolitischen Strategien der USA werden jedoch in der Öffentlichkeit kaum diskutiert und von den herrschenden Schichten als lebensnotwendig und von entscheidender Bedeutung angesehen. Die Wählerschaft wird nicht in die strukturellen Verstrickungen eingeweiht, da es sich um Staatsgeheimnisse handelt. Nichtsdestotrotz beruht ein Grossteil der US-Politik auf diesem «weniger bekannten» Fundament.

Wird sich Harris für diese Grundlagen der aussenpolitischen Strukturen (z.B. die Wolfowitz-Doktrin) einsetzen? Wird sie diese Strukturen aufweichen, weil sie sich dem progressiven Flügel der Demokratischen Partei

in Bezug auf Gaza annähern will? Wird sie überparteilich werden und den (bereits unter Druck stehenden) Zweiparteien-Kanon brechen?

Ignorieren Sie den Aspekt der Geldwäsche bei den aussenpolitischen Ausgaben. Das Wichtigste ist, dass es niemandem erlaubt werden kann, diese Politiken und Verträge aufzuweichen, von denen die «freie Welt» nun strukturell abhängt, und das seit Jahrzehnten. Das ist die Haltung des Tiefen Staates.

Es würde in den USA nicht gut ankommen, wenn Harris «weich» werden würde. Netanjahus Rede vor dem Kongress hat deutlich gezeigt, dass der langjährige parteiübergreifende Konsens zur Unterstützung Israels erodiert ist. Das wird die Granden der Aussenpolitik beunruhigen.

«Der einzige Kitt, der die israelischen Beziehungen stabil gehalten hat, ist die Überparteilichkeit», sagte Aaron David Miller, ein ehemaliger Nahost-Unterhändler und Berater der republikanischen und demokratischen Regierungen. «Das steht unter extremem Druck.» Er fügte hinzu: «Wenn es eine republikanische und zwei oder drei demokratische Ansichten darüber gibt, was es bedeutet, pro-israelisch zu sein, wird sich die Art der Beziehung ändern.»

Netanjahu war sich dieses Risikos offensichtlich bewusst. In seiner Rede schlug er einen betont überparteilichen Ton an. Und die Rede war zweifelsohne eine meisterhafte Demonstration seines Gespürs für die amerikanische politische Psyche. Sie traf genau die richtigen Punkte und fügte sich sorgfältig in den Aufbau und die Struktur einer Rede zur Lage der Nation ein.

Natürlich gab es auch Gegenstimmen, doch Netanjahu fesselte die Zuhörer mit seinem grossen Thema «Scheideweg in der Geschichte», in dem er die «Achse des Bösen» darstellte, der Amerika, Israel und seine arabischen Verbündeten gegenüberstehen. Und er zementierte seinen Einfluss auf einen Grossteil des Publikums, indem er versprach, dass Amerika und Israel – gemeinsam – die Oberhand behalten würden: «Wenn wir zusammenstehen, geschieht etwas sehr Einfaches: Wir gewinnen, sie verlieren. Und meine Freunde», versprach er, «wir werden gewinnen.»

Es war eine Wiederholung des Memes «Israel ist Amerika und Amerika ist Israel».

Die aussenpolitischen Fragen in Bezug auf die Kandidatur von Harris sind also zweifach: Erstens: Könnte Harris – als präsumtive Präsidentschaftskandidatin – in den Augen des Establishments die tragenden aussenpolitischen «Gegebenheiten» einreissen, schwächen oder blossstellen?

Und zweitens, welche Haltung sollten die Panjandrus des Tiefen Staates einnehmen, wenn es in naher Zukunft zu einer ernsten internationalen Krise kommt?

Dann wird sicherlich der Ruf laut werden, dass ein erfahrener Aussenpolitiker das Ruder übernehmen muss – was Harris nicht ist. Es wäre eine Einladung zum Unglück, wenn jemand ohne aussenpolitische Erfahrung bestimmte politische «Strukturen», auf denen so viel US-Politik beruht, umstürzen würde.

Wartet Obama also auf den Moment, um seine endgültige Wahl als neues Aushängeschild der Partei zu treffen (wie die Besucher des GOP-Konvents vermuten), oder ist er davon überzeugt, dass Harris sich im November nicht durchsetzen wird, und würde es als «elder statesman» der Partei vorziehen, die Scherben der Partei aufzusammeln und sie nach seinem Geschmack zu formen?

Nur um das klarzustellen: Eine internationale Krise ist genau das, was Netanjahu während seines Besuchs in Washington aufzubauen beabsichtigt. Die Behandlung von Netanjahus «grossem Thema» wird natürlich im Stillen, abseits der Öffentlichkeit erfolgen. Parlamentspräsident Mike Johnson beruft ein privates Treffen mit Netanjahu ein, an dem auch einige der einflussreichsten republikanischen Grossspender und politischen Entscheidungsträger teilnehmen.

Netanjahu hat zu Protokoll gegeben, dass sich der 7. Oktober zu einem Krieg gegen Israel aus allen Himmelsrichtungen entwickelt hat und dass Israel die Unterstützung und praktische Hilfe der «freien Welt» braucht ... «in einer Zeit, in der es bösartiger denn je dämonisiert wird».

Während die Hisbollah täglich von den IDF konfrontiert wird, ist sie offensichtlich weder zerschlagen noch abgeschreckt worden. Deshalb könne Israel nicht damit leben, dass «terroristische Armeen», die sich offen der Zerstörung Israels verschrieben hätten, an seinen Grenzen und in deren Nähe lagerten, beklagt Netanjahu.

Dies sei die «drohende Krise»: Die bevorstehende israelische Militäroperation im Libanon, um die Hisbollah von der Grenze zurückzudrängen. Berichten zufolge haben die USA bereits eine begrenzte Unterstützung für dieses militärische Ziel zugesagt.

Netanjahu besteht aber auch darauf, dass Israel die Unterstützung und praktische Hilfe der «freien Welt» braucht, «um dem Regime im Zentrum der existenziellen Bedrohung – dem Iran – entgegenzutreten». Was wäre, wenn der Iran als Reaktion auf einen massiven israelischen Angriff im Libanon interveniert? Netanjahu stellt dies als einen Angriff der «Barbaren» auf die westliche Zivilisation dar, der sowohl Amerika als auch Israel treffen würde.

Der jüngste israelische Angriff auf den Hafen von Hodeida im Jemen kann – zumindest teilweise – als israelischer Teaser-Clip angesehen werden, mit dem der westlichen Welt gezeigt werden sollte, dass Israel in der Lage ist, Gegner auf grosse Entfernung (1600 km) zu konfrontieren und seine eigenen Fähigkeiten zur Betankung einer grossen Phalanx von Flugzeugen während des Fluges zu demonstrieren. Der Angriff fügte

dem Hafen schweren Schaden zu. Die Botschaft war klar: Wenn Israel dies im Jemen tun kann, kann es (theoretisch) auch den Iran angreifen.

Natürlich ist es etwas ganz anderes, den Iran anzugreifen. Und deshalb sucht Netanjahu die Unterstützung der USA.

Es gibt ein Foto von Netanjahu und seiner Frau an Bord des «Wing of Zion» (des neuen israelischen Staatsflugzeugs) mit einer Baseballmütze im MAGA-Stil auf dem Schreibtisch neben ihm, nur dass sie blau und nicht rot ist und zwei Worte darauf prangen: «Totaler Sieg».

«Totaler Sieg» bedeutet ganz klar, dass Israel gemeinsam mit den USA gegen die Achse des Bösen des Iran gewinnt: Sind die USA mit an Bord? Oder sind die aussenpolitischen Kreise der USA so sehr von den aussergewöhnlichen Nachfolgeereignissen in den USA und der Ukraine abgelenkt, dass die Eliten sich nicht gleichzeitig um Bibis «Scheideweg in der Geschichte» kümmern können? Wir werden sehen.

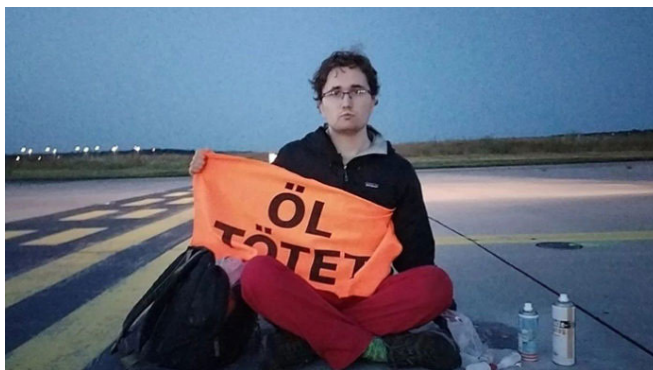
Quelle: <https://strategic-culture.su/news/2024/07/29/is-there-a-risk-that-kamala-harris-might-go-soft-on-foreign-policy/>

Die Übersetzung besorgte Andreas Mylaeus

Quelle: <https://seniora.org/politik-wirtschaft/alastair-crooke-besteht-die-gefahr-dass-kamala-harris-in-der-aussenpolitik-weich-wird>

Wer finanziert die Blockaden deutscher Flughäfen?

29. Juli 2024/45



Blockade einer Startbahn des Frankfurter Flughafens. Auf solche Aktionen folgen hohe Schadensersatzforderungen beispielsweise der Lufthansa, die von der «Letzten Generation» nur dank Millionen-Beträgen aus den USA bezahlt werden können.

Von MANFRED ROUHS |

Seit dem Sommer 2024 sind die Klima-Provokateure zurück und blockieren deutsche Flughäfen. Der deutschen Volkswirtschaft entstehen dadurch Schäden im Millionenbereich, von denen immer wieder zumindest Teile gegen diejenigen Einzelpersonen, die Start- und Landebahnen blockiert haben, zivilrechtlich geltend gemacht werden. So fordert die Lufthansa von mehreren Flughafen-Blockierern in einem der Verfahren 750'000 Euro. In einem weiteren Verfahren soll die Schadensersatz-Summe knapp siebenstellig werden.

Den Blockierern stehen aber offenbar die benötigten Beträge im unteren siebenstelligen Bereich durchaus zur Verfügung. Und der Aufwand scheint aus Sicht der Klima-Provokateure in einem vertretbaren Verhältnis zum medialen Ertrag zu stehen, denn bezahlte Werbung in dem Umfang, wie sie der Berichterstattung über eine Flughafenblockade entspricht, würde eher acht- als siebenstellig zu Buche schlagen.

Die erforderlichen Millionenbeträge für die Blockade deutscher Flughäfen stellt der US-amerikanische «Climate Emergency Funds» zur Verfügung, der von Aileen Getty ins Leben gerufen wurde. Das berichtet die «Neue Zürcher Zeitung» (NZZ). Frau Getty hat ihr umfangreiches Vermögen nicht durch volkswirtschaftlich produktive Arbeit erworben, sondern von ihrem Grossvater geerbt, dem Öl-Milliardär Jean Paul Getty, der seinerzeit einer der reichsten Männer der Welt war und im 20. Jahrhundert zu den aktivsten US-amerikanischen Kriegstreibern gehörte.

Jene Klima-Provokateure, die die deutsche Volkswirtschaft angreifen, sind also bezahlte Agenten der US-amerikanischen Finanzelite.

Ein Grund mehr, die Organisation in Deutschland zu verbieten. «Die Klimasekte Letzte Generation ist eine verbotswürdige kriminelle Vereinigung, die mit den Klima-Klebern aus ideologischer Motivation die Begehung von Straftaten zum Ziel hat», sagt dazu Hans-Georg Maassen, der ehemalige Präsident des Bundesamtes für «Verfassungsschutz».

Mit zivilrechtlichen Geldforderungen jedenfalls sind die aus den USA finanzierten Blockaden deutscher Flughäfen nicht aufzuhalten. Ein Verbot der Organisationen der Flughafen-Blockierer ist überfällig!

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht ausserdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung.

Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

Quelle: <https://www.pi-news.net/2024/07/wer-finanziert-die-blockaden-deutscher-flughäfen/>

Warum der elektronische Impfpass weg muss

Hwludwig, Veröffentlicht am 29. Juli 2024

Noch vor den Sommerferien hat das Parlament in Österreich die Pflicht zum elektronischen Impfpass beschlossen. Damit kann der Staat später leicht eine Impfpflicht umsetzen, Marketing für Pharma betreiben und Impferinnerungen zu den mittlerweile um die 50 empfohlenen Impfungen für die Kleinsten abschicken. Die «Wissenschaftliche Initiative Gesundheit für Österreich» um Prof. Sönnichsen wendet sich mit einem offenen Brief an die Abgeordneten im Parlament und in den Landtagen entschieden dagegen. In Deutschland ist der e-Impfpass noch nicht Pflicht, aber das kann jederzeit schnell erfolgen. Nachfolgend übernehmen wir den offenen Brief. (hl)



Wissenschaftliche Initiative. – Gesundheit für Österreich.

Der e-Impfpass muss weg

Persönliche Impfdaten sind NICHT Regierungssache

Offener Brief an die Abgeordneten im Parlament und in den Landtagen

«Nun hat das österreichische Parlament also noch kurz vor der Sommerpause beschlossen, dass jeder Bürger ab sofort verpflichtet ist, dem Gesundheitsminister und weiteren Behörden seine persönlichen Gesundheitsdaten zu offenbaren (siehe: Vollbetrieb des digitalen Impfpasses beschlossen). Mit dem e-Impfpass und daran angeschlossenen zentralen Impfregister sollen ab sofort Impfungen und sogenannte «impfrelevante Informationen» jeder einzelnen Person gesammelt und für Behörden zentral und namentlich abrufbar werden. – Aus datenschutzrechtlicher Sicht ohnehin ein Fiasko.

Doch als Ärztinnen und Ärzte sowie WissenschaftlerInnen fragen wir uns auch: Welchen Sinn könnte ein zentrales Impfregister mit persönlichen Daten aller Geimpften in Regierungshänden haben?

Denn um die Gesundheit der einzelnen Menschen kann es nicht gehen. Für die sind nämlich weder der Gesundheitsminister noch andere Regierungsmitglieder oder Verwaltungsbeamte zuständig. Weil sie nicht in der Lage sind zu beurteilen, welche Behandlung – also auch welche Impfung – für einen individuellen Menschen gerade nützlich oder eben eher schädlich sein könnte.

Wozu also will die Regierung die nicht anonymisierten Impfdaten sammeln?

Auf der Regierungs-Website kann man die Argumentation rund um die Einführung des e-Impfpasses nachlesen. Dieser soll unter anderem dabei helfen

- exakte Impfraten und «potenzielle Impflücken» zu erfassen und
- «den Behörden im Anlassfall ermöglichen, rascher und potenziell gezielter die notwendigen Massnahmen zu setzen ... (und) gefährdete Bevölkerungsgruppen besser zu schützen und auch besser zu versorgen»
- Ein weiteres Ziel ist die «Einhaltung von Verpflichtungen zur Verfolgung internationaler Eliminations- und Eradikationsziele»

Impfraten und Impflücken lassen sich aber aus einem anonymisierten Impfregister ableiten und gezielte Impfkampagnen zum Schliessen der Impflücken und zur Einhaltung internationaler Ziele können auch auf der Basis anonymisierter Daten gestartet werden.

Wir ersuchen um Antworten auf folgende Fragen:

1. Wie genau möchte das Gesundheitsministerium auf solche Impfraten und Impflücken reagieren, wenn dafür die persönlichen Daten des einzelnen Bürgers erfasst werden müssen? Welche Schritte sind vorstellbar und wie wirken sich diese auf den einzelnen Menschen konkret aus?
2. Was könnte ein solcher «Anlassfall» sein? An welche Massnahmen denkt die Regierung dabei? Wie definiert sie «gefährdete Bevölkerungsgruppen»? Und wie genau sollen diese im Zusammenhang mit den persönlichen Informationen im zentralen Impfregister «geschützt» werden?
3. Welche Vorkehrungen wurden getroffen, damit der e-Impfpass nicht zur Durchsetzung einer Impfpflicht oder auch «nur» als Druckmittel sich impfen zu lassen missbraucht wird? (Vorstellbar sind zum Beispiel Beitragserhöhungen der Sozialversicherungsanstalten bei Nichteinhaltung der «empfohlenen» Impfungen, Zutrittseinschränkungen zu öffentlichen Einrichtungen (Universitäten!) bei unvollständigem Impfpass, Reduzierung von Sozialhilfen etc.)
4. Wie gedenkt die Regierung zukünftig mit internationalen Vorgaben, z.B. durch die WHO, umzugehen? Soll der e-Impfpass vielleicht sogar dem Ziel dienen, von der WHO verordnete Impfpflichten durchzusetzen?
5. Wie sieht die Regierung die Unvereinbarkeit des e-Impfpasses mit Art. 21 der DSGVO? «Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten ... Widerspruch einzulegen.» Der DSGVO Erwägungsgrund 53 («... personenbezogene Daten, die eines höheren Schutzes verdienen, sollten nur dann für gesundheitsbezogene Zwecke verarbeitet werden, wenn dies für das Erreichen dieser Zwecke im Interesse einzelner natürlicher Personen und der Gesellschaft insgesamt erforderlich ist.») lässt sich in Abwesenheit einer Notlage hier wohl kaum anführen. Schon gar nicht ist die Weitergabe personenbezogener Gesundheitsdaten an Regierung und Behörden zu rechtfertigen.

e-Impfpass aus gesundheitlicher Sicht unnötig

Die Digitalisierung ist zu einem grossen Geschäft geworden und nicht alles, was sie bringt, ist auch im Sinne der Menschen, die sie nützen müssen. Genau das gilt zum Beispiel für den e-Impfpass.

Aus gesundheitlicher Sicht ist die verpflichtende Teilnahme an einem zentralen Impfregister nicht notwendig und möglicherweise sogar schädlich. Dann nämlich, wenn Menschen dazu gedrängt oder gezwungen werden, Impfungen über sich ergehen zu lassen, die ihnen nicht nützen, sondern sogar potenziell schaden. Die vielen mittlerweile anerkannten (und die nicht erfassten) Impfschäden aufgrund der Corona-Impfstoffe sind uns Warnung genug.

Wir fordern daher:

1. E-Impfpass ja – aber nur freiwillig. Die gesetzliche Verpflichtung zur Teilnahme am e-Impfpass muss umgehend zurückgenommen werden. Jeder Mensch muss weiterhin selbst entscheiden dürfen, welche medizinische Behandlung er in Anspruch nimmt und welche gesundheitlichen Informationen er dem Staat zur Verfügung stellt.
2. Personalisierte Gesundheitsdaten nicht in Regierungshände: Ein digitaler Impfpass darf keinesfalls in die Hände der Regierung gelegt werden. Die Möglichkeiten des Missbrauchs sind zu gross. Stattdessen sollen die Daten (ähnlich wie bei ELGA) unter Achtung des Datenschutzes ausschliesslich für Gesundheitsdiensteanbieter und die Patienten selbst zugänglich sein.
3. Impfregister nur anonymisiert: Für die Erstellung von Statistiken braucht es keine personalisierten Daten. Wird ein zentrales Impfregister erstellt, dann ausschliesslich mit anonymisierten Daten, die keine Rückschlüsse auf Individuen erlauben.

Herzliche Grüsse

die Wissenschaftliche Initiative. Gesundheit für Österreich

Quelle: <https://fassadenkratzer.de/2024/07/29/warum-der-elektronische-impfpass-weg-muss/>

Da muss ich mich als Schweizer schämen!

Von: Christian Müller, 29. Juli 2024

So wird Daniel Woker den Leserinnen und Lesern der Online-Plattform Journal21 vorgestellt.



Daniel Woker

Daniel Woker studierte Recht und internationale Beziehungen in Zürich (Dr. iur), Genf und den USA. Von 1976 bis 2012 war er im EDA tätig, meist im Ausland: in Jugoslawien, New York/UNO, Schweden, Frankreich und dann Botschafter in Kuwait, Singapur und Australien. Dazwischen arbeitete er in Bern, so 1989 bis 1993, als sich Europa über Nacht grundlegend veränderte, und zwei Jahre in Genf als erster Direktor des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik. Seit Mitte 2012 ist er am Thunersee und in Paris wohnhaft. Er ist tätig als Lehrbeauftragter an der Uni St. Gallen und als Publizist, mit Schwerpunkten Grossraum Asien-Pazifik, EU sowie Aussensicht auf die Schweiz.

Als ordentlicher, an die direkte Demokratie glaubender Schweizer Bürger, bin ich – ich gestehe es – in der Vergangenheit meist davon ausgegangen, dass unsere nationalen Politiker, die Bundesräte und die National- und Ständeräte intelligente, anständige und ehrliche Menschen sind. Und natürlich habe ich angenommen, dass auch die Leute, die für das Schweizer Aussenministerium als Botschafter irgendwo auf der Welt die Interessen der Schweiz und der dortigen Schweizer wahrnehmen, selber auch ehrbare Leute sind. Es war – leider – ein Irrtum!

Einer dieser Schweizer, die als Botschafter die Schweiz in den letzten Jahren vertreten haben, war Daniel Woker. Jetzt nutzt er als Pensionär seine Zeit mit Kommentaren auf der Schweizer Online-Plattform «Journal 21». Vor wenigen Tagen, am 13. Juli, als Joe Biden noch im Amt und Kandidat für eine neue Amtszeit als US-Präsident war, schrieb er zum Beispiel ein ausgesprochenes Loblied auf diesen Joe Biden. Das sei ihm unbenommen, auch wenn es nicht gerade ein Zeichen kritischen Beobachtens und Denkens ist, sondern einfach ein Glaubensbekenntnis an die Überlegenheit der amerikanischen Vormacht. Jetzt aber hat er sich auf der gleichen Plattform zur Volksinitiative «Neutralität-ja» ausgelassen. Und was ist sein Hauptargument gegen diese Initiative: Er sagt es, indem er dieser Initiative einfach einen neuen Namen gibt: «Pro-Putin-Initiative» PPI. Und sein grosser Ärger ist es, dass diese Initiative nicht nur aus Kreisen der Schweizerischen Volkspartei SVP Unterstützung findet, sondern jetzt auch aus linken Kreisen aktiv unterstützt wird.

Unter der Headline **«Helvetische Überheblichkeit von links»** schreibt Daniel Woker unter anderem Folgendes: «Neben den Autoren aus der rechten Ecke der sogenannten Neutralitätsinitiative (Pro Putin Initiative, PPI), gibt es auch eine NATO-feindliche, pazifistische Bewegung, welche die schweizerische Neutralität als helvetische Mission für den Weltfrieden sieht. Sie unterstützt die PPI von der linken Seite her. Unter der geistigen und finanziellen Führung von Blocher will «Pro Schweiz» mit der PPI zweierlei erreichen. Erstens soll durch die Festschreibung eines Sanktionsverbotes in der Verfassung die schweizerische Aussenpolitik entmündigt, und insbesondere das Verhältnis der Schweiz zur EU irreparabel beschädigt werden. Zweitens sollen unter dem Mantel von «Neutralität» im Konfliktfall Geschäfte in alle Himmelsrichtungen erlaubt bleiben, auch mit Aggressoren wie aktuell Russland.

Diffuse Weltverbesserer

Die Argumente für die PPI von linker Seite sind diffuser. Einer ihrer Wortführer ist der emeritierte Professor Wolf Linder. Seinem vor kurzem in der NZZ erschienenen Artikel zufolge sprechen insbesondere die Glaubwürdigkeit der Schweiz als internationaler Friedensstifter und der völlige Verzicht auf Sanktionen für die PPI. Völlig ausgeklammert in dieser Argumentation wird die durch Putins Aggression veränderte sicherheitspolitische Lage in Europa. Davon ist auch die Schweiz direkt betroffen.»

Glaubwürdigkeit?

Die Glaubwürdigkeit der Schweiz weltweit ist eine Funktion unserer Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik. Aussenpolitisch zählt, dass die Schweiz in der Rangliste der Unterstützer der Ukraine ganz am Schluss der Rangliste westlicher Länder liegt. Dass die Schweiz wegen ihrer Neutralität angeblich kein Kriegsmaterial, auch nicht indirekt liefern könne, interessiert niemanden im Ausland. Insbesondere nicht unsere westlichen Partner, die bilateral und im Rahmen der NATO und der EU – in beiden steht die Schweiz bekanntlich vornehm abseits – grosse Anstrengungen unternehmen, der Ukraine gegen die brutale russische Aggression zu helfen. Freiwillige Beiträge der Schweiz wären hier ebenso möglich als auch gewünscht. Was ungleich substantieller wäre als Gastgeberdienste wie auf dem Bürgenstock.

Sanktionsverzicht?

Sanktionen stellen einen hohen Grad der Verurteilung eines Aggressors dar, in moralischer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Mögliche zukünftige Beispiele sind ein weiteres Ausgreifen des putinistischen Russland in Osteuropa. Ebenfalls absehbar sind chinesische Aggression, etwa gegen Taiwan oder im Südchinesischen Meer. In solchen Fällen keine Sanktionen anwenden zu können, würde für die Schweiz moralischer Boykott bedeuten sowie politische Isolation und wirtschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen. Sich nicht an westlichen Sanktionen zu beteiligen bedeutet de facto die Unterstützung des Aggressors und wäre alles andere als «neutral».

Schafft Neutralität Sicherheit?

Das «Manifest Neutralität 21» (der Schreiber ist einer der sieben Autoren) will den Bundesrat ermutigen, die Neutralität vorrangig als Instrument der Sicherheitspolitik zu handhaben. Heute ist leider unbestritten, dass die schweizerische Armee auf Jahrzehnte hinaus nicht autonom verteidigungsfähig ist. Damit besteht eine Pflicht des Bundesrates, zur Behebung dieses schwerwiegenden Mangels auch eine operative Zusammenarbeit mit Nachbarländern zu prüfen. Ausser Österreich sind dies alles Mitgliedstaaten der NATO.» Ende Zitat Daniel Woker.

Jeder darf seine eigene Meinung haben. Wenn allerdings ein Mann die historisch gewachsene schweizerische Neutralität so verachtet und die guten Dienste, die die Schweiz in etlichen internationalen Konflikten als Vermittlerin oder als neutrale Interessenvertreterin wahrnehmen konnte, einfach unter den Teppich wischt, wenn dieser Mann in Kuwait, Singapur und Australien Schweizer Botschafter war, dann hat er die Interessen der Schweizer Bevölkerung nicht wahrgenommen und hat einfach seine private Verehrung der Weltmacht USA und seinen privaten Russenhass ausgelebt.

Dass die «Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik» diesen primitiven Kommentar von Daniel Woker im SGA-Newsletter zum Lesen empfiehlt, ist nicht nachvollziehbar. In dessen Vorstand sitzen immerhin ein paar Leute, die bisher ein anderes Diskussionsniveau befürwortet haben.

Ein ehemaliger Botschafter «argumentiert» gegen eine Initiative, die die Schweizer Neutralität festigen möchte, einfach damit, dass er sie in «Pro-Putin-Initiative» umbauft. Primitiver geht kaum. Dass «meine» Schweiz solche Typen als Botschafter in die Welt hinaus schickt, dafür habe ich nur eine Reaktion: Ich schäme mich für diese Schweiz.

Siehe dazu: «Jetzt propagieren 87 Polit-Opportunisten eine «okkasionele Neutralität» – eine «Neutralität je nachdem.» (von Christian Müller)

Und etwas zum Schmunzeln: Auf der Website des «Manifest Neutralität 21» ist publiziert, dass bisher 932 Leute das Manifest zusätzlich unterschrieben haben. Namen werden nicht genannt. Und dann kommt eine Presseschau mit den Links auf die Artikel, die über die Aktion «Manifest Neutralität 21» publiziert wurden. Erwähnt werden Tamedia, Ringier, NZZ, CH-Medien, Echo der Zeit, Corriere del Ticino, Republik, Le Temps, Weltwoche, und so weiter und so fort. Nicht erwähnt wird dort – wer hätte anderes erwartet – die Online-Plattform Globalbridge.ch. Die Medien-Leute des Manifests wissen natürlich, dass ein Link auf den Artikel auf Globalbridge.ch a) eine Erwähnung dieser Plattform die beste Werbung für Globalbridge.ch wäre, und b) dass ganz viele Leserinnen und Leser der Argumentation von Globalbridge.ch folgen würden. Globalbridge.ch kann mit diesem Verschweigen ihres Namens bestens leben. Die Plattform hat eh ein Mehrfaches an Leserinnen und Lesern als die mageren 932, die das «Manifest Neutralität 21» zusätzlich unterzeichnet haben. (cm)

Quelle: <https://globalbridge.ch/da-muss-ich-mich-als-schweizer-schaemen/>



Ein Artikel von Marcus Klöckner, 29. Juli 2024 um 11:00
 Titelbild: Screenshot Phoenix

«Pandemie der Ungeimpften» – wer diese Formulierung derzeit bei Google-News eingibt, stösst auf zahlreiche Treffer. Ob Tagesschau, Bild, ZDF, Frankfurter Rundschau, Deutschlandfunk usw.: Zahlreiche Medien berichten über die «Pandemie der Ungeimpften». Obwohl das Coronageschehen doch zurückliegt, verwenden Medien erneut diese Formulierung. Dieses Mal geht es aber nicht um ein Pandemiegesehen. Vielmehr rückt die Formulierung als solche in den Fokus. Denn: Gab es etwa gar keine «Pandemie der Ungeimpften»? Was Kritiker seit langem sagten, wurde nun nämlich durch geleakte Protokolle des Robert Koch-Instituts (RKI) bestätigt. Von Marcus Klöckner.

In der Coronazeit, als von der «Pandemie der Ungeimpften» die Rede war, sahen sich Ungeimpfte drangsaliert, sie waren öffentlicher Beschimpfung ausgesetzt und waren aus weiten Bereichen des öffentlichen Lebens ausgeschlossen. Wir erinnern uns: Die sogenannten Corona-Impfstoffe standen zur Verfügung, doch ein Teil der Bürger weigerte sich, die als «nebenwirkungsfrei» von höchster Stelle angepriesenen Impfstoffe zu nehmen. Schliesslich entstand durch regelrechte Testexzesse und eine Fixierung auf fragwürdige Inzidenzwerte der Eindruck, die Pandemie würde kein Ende nehmen. Schnell war der Sündenbock ausgemacht: Die Ungeimpften

Unvergessen etwa die Worte von ARD-Redakteurin Sarah Frühauf in einem tages Themen-Kommentar: «Na herzlichen Dank an alle Ungeimpften! Dank euch droht der nächste Winter im Lockdown.» Vor einem Millionenpublikum, zur besten Sendezeit: der Ungeimpfte als Schuldiger. Und so ging es auch von politischer Seite Schlag auf Schlag: «Wir erleben gerade eine Pandemie der Ungeimpften», sagte Jens Spahn. «Wir haben eine Pandemie der Ungeimpften», meinte Markus Söder. Bodo Ramelow formulierte es wortgleich. Das sind nur einige Beispiele. Und nun, im Juli 2024?

Einblicke in die geleakten RKI-Protokolle: «In den Medien wird von einer Pandemie der Ungeimpften gesprochen. Aus fachlicher Sicht ist das nicht korrekt. Gesamtbevölkerung trägt bei. Soll das in Kommunikation aufgegriffen werden?» So ist es im RKI-Protokoll vom 5. November 2021 zu lesen.

Wie kamen ranghohe Politiker, wie kamen reputierte Medien dazu, immer wieder von einer «Pandemie der Ungeimpften» zu sprechen, obwohl von höchster fachlicher Stelle das Gegenteil kommuniziert wurde? Fakt ist: Auf diese Weise erzeugten Politiker, Journalisten, aber auch einige «Experten» einen enormen Druck auf Bürger. Politisch bestimmt, erfolgte ein massiver Angriff auf die souveräne Selbstbestimmung der Bürger über ihren Körper. Der Entzug von Grundrechten basierte nach allem, wie es aussieht, auf einem politischen Willen. Die Folgen waren weitreichend. Ungeimpfte kamen Parias gleich. Restaurantbesuch? Verboten. Hotelbesuch? Verboten. Teilnahme am Vereinsleben? Verboten. Anders gesagt: Die massivsten Ausgrenzungen einer Personengruppe seit dem Bestehen der Bundesrepublik waren auf ein «fachliches» Fundament gebaut, das an die Tragfähigkeit eines Wackelpuddings erinnert.

Passend zur Veröffentlichung der ungeschwärzten RKI-Protokolle veröffentlichte DIE ZEIT Aussagen eines «Insiders», der von politischen Einflussnahmen auf das RKI berichtet. Zum Vorschein kommt, dass es politische Vorgaben gab und diese dann durch «die Wissenschaft» begründet werden sollten. Als Beispiel wird angeführt, dass das Gesundheitsministerium eine Isolationszeit von 5 Tagen für auf Corona positiv getestete Personen wünschte, das RKI sollte den entsprechenden «wissenschaftlichen» Unterbau liefern.

Pandemiemassnahmen nach politischer Bestellung? Schwerste Grundrechtseingriffe auf der Basis von politisch vereinnahmter Wissenschaft? Was kommt noch raus? Alleine bereits das Tauziehen um die Protokolle des RKI, aber auch des Expertenrats lassen tief blicken. Dass überhaupt die Gerichte damit beschäftigt werden müssen, zeigt den Unwillen, von politischer Seite Transparenz in die so weitreichende Pandemiepolitik zu bringen. Eine Politik, die sich mit Nachdruck weigert, ihr Vorgehen in der Coronakrise aufzuarbeiten, dient gewiss nicht zur Vertrauensbildung. Gerade erst sagte der bayerische Ministerpräsident Markus Söder im ZDF-Interview:

«Ich habe überhaupt nichts gegen eine Aufarbeitung, aber ich habe etwas dagegen, dass man versucht im Nachhinein eine insgesamt grosse Leistung der deutschen Politik kaputt zu reden.»

Auch wegen solcher Aussagen muss es eine Aufarbeitung geben. Sie sind fern der Realität.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=118872>

**Nur ein scheiterndes US-Imperium kann so blind sein,
Netanjahu und seinen Völkermord zu bejubeln.
Jedes Imperium fällt. Sein Zusammenbruch wird unvermeidlich,
sobald seine Herrscher jegliches Gespür dafür verlieren,
wie absurd und abscheulich sie geworden sind.**

Jonathan Cook

Es gibt derzeit nur ein Land auf der Welt, inmitten des israelischen Massakers in Gaza, in dem Premierminister Benjamin Netanjahu Dutzende von stehenden Ovationen von der überwiegenden Mehrheit seiner gewählten Vertreter garantiert sind. Dieses Land ist nicht Israel, wo er seit vielen Jahren eine äusserst spaltende Figur ist. Es sind die Vereinigten Staaten von Amerika.

Am Mittwoch wurde Netanjahu auf die Schulter geklopft, man gratulierte ihm, man jubelte und bejubelte ihn, als er sich langsam – bei jedem Schritt als siegreicher Held gefeiert – auf das Podium des US-Kongresses begab. Dies war derselbe Netanjahu, der in den letzten 10 Monaten das Massaker an – bisher – rund 40'000 Palästinensern überwacht hat, von denen etwa die Hälfte Frauen und Kinder waren. Mehr als 21'000 weitere Kinder werden als vermisst gemeldet, die meisten von ihnen sind wahrscheinlich unter Trümmern gestorben.

Es war derselbe Netanjahu, der einen Landstrich dem Erdboden gleichmachte – ursprünglich Heimat von 2,3 Millionen Palästinensern –, dessen Wiederaufbau 80 Jahre dauern dürfte und mindestens 50 Milliarden Dollar kosten würde.

Es war derselbe Netanjahu, der jedes Krankenhaus und jede Universität in Gaza zerstörte und fast alle Schulen bombardierte, die als Unterkunft für Familien dienten, die durch andere israelische Bomben obdachlos geworden waren.

Es war derselbe Netanjahu, dessen Verhaftung der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit anstrebt. Ihm wird vorgeworfen, Hunger als Kriegswaffe eingesetzt zu haben, indem er eine Hilfsblockade verhängte, die eine Hungersnot in ganz Gaza herbeiführte.

Es war derselbe Netanjahu, dessen Regierung letzte Woche vom Internationalen Gerichtshof (IGH) für schuldig befunden wurde, Israels Apartheidherrschaft über das palästinensische Volk in einem Akt langfristiger Aggression verschärft zu haben.

Es war derselbe Netanjahu, dessen Regierung vor Gericht steht, weil sie einen «offensichtlichen Völkermord» begangen hat, wie der Internationale Gerichtshof, das höchste Justizorgan der Welt, es nannte.

Und doch war im Kongresssaal nur eine einzige sichtbare Demonstrantin zu sehen. Rashida Tlaib, die einzige US-Abgeordnete palästinensischer Herkunft, sass schweigend da und hielt ein kleines schwarzes Schild in der Hand. Auf der einen Seite stand: «Kriegsverbrecher». Auf der anderen: «Schuldig des Völkermords».

Eine Person unter Hunderten, die stumm darauf hinzuweisen versuchte, dass der Kaiser nackt war.

Abgeschottet vor dem Grauen

In der Tat war die Optik krass. Dies sah weniger aus wie der Besuch eines ausländischen Staatschefs, sondern eher wie ein dekoriertes Feldherr, der im Senat des alten Roms willkommen geheissen wurde, oder wie ein grauhaariger britischer Vizekönig aus Indien, der im Parlament des Mutterlandes umarmt wurde, nachdem er die «Barbaren» am Rande des Imperiums brutal niedergeschlagen hatte.

Dies war eine Szene, die man aus den Geschichtsbüchern kennt: Imperiale Brutalität und koloniale Wildheit, umgedeutet vom Sitz des Imperiums zu Tapferkeit, Ehre, Zivilisation. Und sie sah genauso absurd und abscheulich aus wie heute, wenn wir auf die Ereignisse vor 200 oder 2000 Jahren zurückblicken.

Es war eine Erinnerung daran, dass unsere Welt trotz unserer eigennützigen Behauptungen von Fortschritt und Humanität nicht viel anders ist als seit Tausenden von Jahren.

Es war eine Erinnerung daran, dass Machteliten gerne die Demonstration ihrer Macht feiern, abgeschirmt sowohl von den Schrecken, denen diejenigen ausgesetzt sind, die von ihrer Macht erdrückt werden, als auch vom Protestgeschrei derer, die entsetzt sind über die Zufügung so grossen Leids.

Es war eine Erinnerung daran, dass dies kein «Krieg» zwischen Israel und der Hamas ist – und schon gar nicht, wie Netanjahu uns glauben machen möchte, ein Kampf um die Zivilisation zwischen der jüdisch-christlichen und der islamischen Welt.

Dies ist ein imperialer Krieg der USA – Teil ihrer militärischen Kampagne für «globale, umfassende Dominanz» – geführt von Washingtons beliebtestem Vasallenstaat.

Der Völkermord ist ganz und gar ein Völkermord der USA, bewaffnet von Washington, bezahlt von Washington, diplomatisch gedeckt von Washington und – wie die Szenen im Kongress unterstrichen – bejubelt von Washington.

Oder wie Netanjahu in einem Moment ungewollter Offenheit vor dem Kongress sagte: «Unsere Feinde sind eure Feinde, unser Kampf ist euer Kampf und unser Sieg wird euer Sieg sein.»

Israel ist Washingtons grösster militärischer Aussenposten im ölreichen Nahen Osten. Die israelische Armee ist das wichtigste Bataillon des Pentagons in dieser strategisch wichtigen Region. Und Netanjahu ist der Oberbefehlshaber des Aussenpostens.

Was für die Eliten in Washington von entscheidender Bedeutung ist, ist, dass der Aussenposten um jeden Preis unterstützt wird; dass er nicht in die Hände der «Barbaren» fällt.

Lügenflut

Inmitten von Netanjahus Lügenflut gab es noch einen weiteren kleinen Moment unbeabsichtigter Wahrheit. Der israelische Premierminister erklärte, was in Gaza vor sich gehe, sei «ein Zusammenprall zwischen Barbarei und Zivilisation». Und er hatte nicht Unrecht.

Auf der einen Seite gibt es die Barbarei des gegenwärtigen gemeinsamen israelisch-amerikanischen Völkermords an der Bevölkerung von Gaza, eine dramatische Eskalation der 17-jährigen israelischen Belagerung der Enklave, die ihm vorausging, und die Jahrzehnte kriegerischer Herrschaft unter einem israelischen Apartheidsystem davor.

Und auf der anderen Seite gibt es die wenigen Bedrängten, die verzweifelt versuchen, die erklärten Werte des Westens zu schützen: «Zivilisation», humanitäres Völkerrecht, Schutz der Schwachen und Verletzlichen, Kinderrechte.

Der US-Kongress hat eindeutig gezeigt, wo er steht: Auf der Seite der Barbarei.

Netanjahu ist der am meisten gefeierte ausländische Staatschef in der US-Geschichte geworden, wurde viermal eingeladen, vor dem Kongress zu sprechen, und übertraf damit sogar den britischen Kriegsführer Winston Churchill.

Er ist ganz und gar Washingtons Geschöpf. Seine Wildheit, seine Monstrosität sind ganz und gar in Amerika gemacht. Er flehte seine US-Betreuer an: «Gebt uns die Werkzeuge schneller, und wir werden die Arbeit schneller erledigen.» – Beendet die Arbeit des Völkermords.

Performativer Widerspruch

Einige Demokraten zogen es vor, fernzubleiben, darunter auch die Parteichefin Nancy Pelosi. Stattdessen traf sie sich mit Familien israelischer Geiseln, die in Gaza festgehalten werden – natürlich nicht mit palästinensischen Familien, deren Angehörige in Gaza von Israel abgeschlachtet worden waren.

Vizepräsidentin Kamala Harris erklärte ihre Abwesenheit mit einem Terminkonflikt. Sie traf sich am Donnerstag mit dem israelischen Premierminister, ebenso wie Präsident Joe Biden.

Danach behauptete sie, sie habe Netanjahu wegen der «katastrophalen» humanitären Lage in Gaza unter Druck gesetzt, betonte aber auch, dass Israel «ein Recht habe, sich zu verteidigen» – ein Recht, das Israel ausdrücklich nicht hat, wie der IGH letzte Woche feststellte, weil Israel durch seine anhaltende Besatzung, Apartheidherrschaft und ethnische Säuberung die Rechte der Palästinenser dauerhaft verletzt.

Doch die abweichende Meinung von Pelosi – und von Harris, wenn es denn eine war – war rein vorgetäuscht. Zwar empfinden sie keine persönliche Liebe für Netanjahu, der sich und seine Regierung so eng mit der US-amerikanischen republikanischen Rechten und dem ehemaligen Präsidenten Donald Trump verbündet hat.

Doch Netanjahu dient lediglich als Alibi. Sowohl Pelosi als auch Harris sind überzeugte Unterstützer Israels – eines Staates, der laut dem Urteil des Internationalen Gerichtshofs letzte Woche vor Jahrzehnten die Apartheid in den palästinensischen Gebieten einführt und eine illegale Besetzung als Deckmantel für die ethnische Säuberung der Bevölkerung dort nutzte.

Ihre politische Agenda zielt nicht darauf ab, die Vernichtung der Bevölkerung von Gaza zu beenden. Sie fungiert als Sicherheitsventil für die Unzufriedenheit der traditionellen demokratischen Wähler, die von den Szenen aus Gaza schockiert sind.

Sie soll sie täuschen und ihnen vorgaukeln, dass hinter verschlossenen Türen eine Art politischer Kampf über Israels Umgang mit der Palästinafrage stattfindet. Dass diese Wahl der Demokraten eines Tages –

eines sehr fernen Tages – zu einem undefinierten «Frieden» führen wird, einer sagenumwobenen «Zweistaatenlösung», bei der nicht weiterhin palästinensische Kinder im Interesse der Wahrung der Sicherheit der illegalen Siedler-Milizen Israels sterben werden.

Die US-Politik gegenüber Israel hat sich seit Jahrzehnten in keiner sinnvollen Weise geändert, egal ob der Präsident rot oder blau war, ob Trump oder Barack Obama im Weissen Haus sass.

Und wenn Harris Präsidentin wird – zugegebenermassen ein grosses Wenn – werden weiterhin US-Waffen und Geld nach Israel fliessen, während Israel entscheiden kann, ob US-Hilfe für Gaza jemals zugelassen wird.

Warum? Weil Israel der Dreh- und Angelpunkt in einem imperialen US-Projekt zur globalen Dominanz auf allen Ebenen ist. Denn um den Kurs gegenüber Israel zu ändern, müsste Washington auch andere undenkbare Dinge tun.

Es müsste mit der Auflösung seiner 800 Militärstützpunkte auf der ganzen Welt beginnen, so wie Israel letzte Woche vom Internationalen Gerichtshof aufgefordert wurde, seine vielen Dutzend illegalen Siedlungen auf palästinensischem Gebiet aufzulösen.

Die USA müssten sich mit China und Russland auf eine gemeinsame globale Sicherheitsarchitektur einigen, anstatt zu versuchen, diese Grossmächte mit blutigen Stellvertreterkriegen wie dem in der Ukraine einzuschüchtern und zur Unterwerfung zu zwingen

Der kommende Herbst

Erinnern Sie sich, Pelosi hat Studenten auf US-Campussen, die gegen Israels plausiblen Völkermord in Gaza protestierten, als mit Russland verbunden angeprangert. Sie forderte das FBI auf, gegen sie zu ermitteln, weil sie Druck auf die Biden-Regierung ausgeübt hatten, einen Waffenstillstand zu unterstützen.

Netanjahu dämonisierte in seiner Ansprache vor dem Kongress die Demonstranten auf ähnliche Weise – in seinem Fall, indem er sie beschuldigte, «nützliche Idioten» von Israels Hauptfeind Iran zu sein.

Keiner von beiden kann es sich leisten, anzuerkennen, dass Millionen von einfachen Menschen in den USA es für falsch halten, Kinder zu bombardieren und verhungern zu lassen – und einen Krieg mit einem unerreichbaren Ziel als Deckmantel zu verwenden.

Die Hamas kann aus einem sehr offensichtlichen Grund nicht durch Israels gegenwärtige Phase schrecklicher Gewalt «eliminiert» werden: die Gruppe ist ein Produkt, ein Symptom früherer Phasen schrecklicher israelischer Gewalt.

Wie selbst westliche Anti-Terror-Experten zugeben mussten, stärkt Israels völkermörderische Politik in Gaza die Hamas, anstatt sie zu schwächen. Junge Männer und Jungen, die ihre Familie durch israelische Bomben verlieren, sind die eifrigsten neuen Rekruten der Hamas.

Deshalb beharrte Netanjahu darauf, dass Israels Militäroffensive – der Völkermord – in Gaza nicht so bald enden könne. Er verlangte Waffen und Geld, um seine Soldaten auf unbestimmte Zeit in der Enklave zu halten, in einer Operation, die er als «Entmilitarisierung und Deradikalisierung» bezeichnete.

In Klartext bedeutet das für die Palästinenser dort eine anhaltende Horrorshow, da sie gezwungen sind, weiterhin mit einer israelischen Blockade von Hilfsmitteln, Hunger, Bomben und nicht gekennzeichneten «Todeszonen» zu leben und zu sterben.

Es bedeutet auch ein unbestimmtes Risiko, dass Israels Krieg gegen Gaza zu einem regionalen und möglicherweise globalen Krieg wird, da die Stolperdrähte in Richtung Eskalation immer zahlreicher werden.

Der US-Kongress ist jedoch zu sehr von der Verteidigung seines kleinen Festungsstaates im Nahen Osten geblendet, um über solche Komplexitäten nachzudenken. Seine Mitglieder brüllten ihrem Satrapen aus Israel «USA!» zu, so wie römische Senatoren einst «Heil!» den Feldherren zuriefen, von deren Siegen sie annahmen, dass sie für immer weitergehen würden.

Die Herrscher des Römischen Reiches sahen den kommenden Untergang ebenso wenig voraus wie ihre modernen Gegenstücke in Washington. Aber jedes Reich fällt. Und sein Zusammenbruch wird unvermeidlich, sobald seine Herrscher jedes Gespür dafür verlieren, wie absurd und abscheulich sie geworden sind.

erschienen am 29. Juli 2024 auf> Antiwar.com

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2024_07_29_nureinscheiterndes.htm

NATO gegen NATO Israel will Palästina-Krieg ausweiten

Autor: Uli Gellermann, Datum: 29.07.2024

Israels Krieg gegen die Palästinenser ist so alt wie der Staat Israel. Als sei das Gebiet auf dem heute der Staat Israel liegt unbesiedelt, siedelten im Jahr 1948 europäische Zionisten auf arabischem Gebiet und besetzten das Land mit dem Anspruch einer Staatsgründung. Diesen Anspruch besiegelte der Staat Israel 2018 mit einem Gesetz über den «jüdischen Nationalstaat», das die rund 1,5 Millionen im Apartheitsstaat Israel lebenden Palästinenser weiter unterdrückte: Das Arabische als 2. Amtssprache wurde abgeschafft.

Ausrottung der Palästinenser

Mit der Behauptung vom jüdischen Nationalstaat verschärfte Israel den Kampf gegen die Palästinenser weiter. Ein Kampf, der sich in den Jahrzehnten israelischer Existenz bis hin zum aktuellen Versuch zur Ausrottung der Palästinenser unter Führung von Benjamin Netanjahu entwickelte.

Israel: Umfassender Krieg angekündigt

Der israelische Kampf gegen die ursprünglichen Bewohner Palästinas fand ein Echo im Verteidigungskampf der Palästinenser, der in der Sicht der westlichen Freunde Israels immer nur «Terror» genannt wurde. Eine Rakete, die am 27. Juli auf den von Israel besetzten Golan-Höhen einschlug, soll Teil dieses Kampfes sein. Ohne Beweis für die Urheberchaft hat das israelische Militär umgehend die schiitische Hisbollah-Miliz beschuldigt und «Vergeltungsmassnahmen» und einen «umfassenden Krieg» angekündigt.

Krieg gegen den Libanon

Der Krieg gegen den Libanon hat schon begonnen: Israels Armee griff weit im libanesischen Landesinneren an. Eines der Ziele lag im Dorf Taraja, das sich etwa 90 Kilometer von der israelischen Grenze entfernt befindet. Grenzen kennt das Netanjahu-Regime schon lange nicht mehr. Der türkische Präsident Erdogan, der sich als Beschützer der Muslime begreift, hat den Israelis mit einer militärischen Intervention gedroht. Dem israelischen Aussenminister Israel Katz fiel als Antwort nur eine Morddrohung ein: «Erdogan tritt in die Fussstapfen von Saddam Hussein und droht mit einem Angriff auf Israel. Er soll sich nur daran erinnern, was dort geschah, und wie es endete.»

NATO – eine Gefahr für die Menschheit

Der vorgeschobene NATO-Aussenposten Israel bedroht das NATO-Mitglied Türkei: Würde die internationale Kriegsgefahr nicht auch durch diese Drohgebärden weiter verschärft, könnte man sich amüsieren. So bleibt nur die schlichte Erkenntnis, dass die NATO eine Gefahr für die Menschheit ist: Ob in der Ukraine oder in Israel: Wo NATO draufsteht, ist Krieg drin.

USA: Unerschütterlich für Israel

Schon seit Wochen bombardiert Israels Luftwaffe immer wieder Ziele in Syrien. Dort sind seit dem September 2015 Kräfte der russischen Armee zur Unterstützung der syrischen Souveränität stationiert. Der Kampf im Mittleren Osten hat eine internationale Dimension. Das kann man auch von einem Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates der USA erfahren: «Unsere Unterstützung für Israels Sicherheit gegen alle vom Iran unterstützten Terrorgruppen, einschliesslich der libanesischen Hisbollah, ist eisen und unerschütterlich.»

Existenz der Menschheit

Unter welchem Etikett auch immer: Es sind die USA in ihrem Streben nach Weltherrschaft, die der Welt ihren Stempel aufzwingen wollen. Die USA und ihre NATO verwickeln die Welt in Kriege, die sich zunehmend einem Weltkrieg nähern, einem Krieg, der die Existenz der gesamten Menschheit gefährdet.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/nato-gegen-nato>

Das israelische Militär hat gerade eine wichtige Wasseranlage in Rafah zerstört, die Rachel Corrie im letzten Monat ihres Lebens verteidigt hat: «Ich war schockiert, als ich das Video sah. Es ist nicht nur, dass sie es auf diese Wasseranlage abgesehen haben; es ist die Tatsache, dass sie Sprengstoff platziert haben und die Tat auf Instagram ... gefeiert haben. Das ist zutiefst grausam.»

Younis Tirawi

Am Freitag entdeckte ich ein Video, das ein israelischer Soldat des 601st Combat Engineering Battalion auf Instagram gepostet hatte und das die gezielte Zerstörung einer wichtigen Wasseranlage in Rafah zeigt. Das dreiteilige Video zeigt israelische Soldaten, die Sprengstoff in und um die Wasserpumpen einer Anlage in der besetzten Stadt platzieren. Das Video mit dem hebräischen Titel «Zerstörung des Tal-Sultan-Wasserreservoirs zu Ehren des Schabbats» endet mit Aufnahmen der Sprengung der Wasseranlage. Der Soundtrack ist ein von Soldaten der 51. Golani-Brigade produziertes Lied mit Texten wie «Wir werden Gaza verbrennen ... ganz Gaza erschüttern ... für jedes Haus, das ihr zerstört, werden wir zehn zerstören.»

Die Wasseranlage, die auch als Canada-Brunnen bekannt ist, befindet sich im Viertel Tel Sultan im westlichen Teil der Stadt Rafah. Die US-amerikanische Menschenrechtsaktivistin Rachel Corrie, die 2003 von einem israelischen Militärbulldozer zu Tode gequetscht wurde, als sie versuchte, Abrissarbeiten in der Stadt

zu verhindern, verbrachte in ihrem letzten Lebensmonat einen Grossteil ihrer Zeit damit, die Gemeindearbeiter am Canada-Brunnen zu schützen. Laut Gordon Murray, einem ihrer Mitstreiter, waren die Arbeiter dabei, Schäden zu reparieren, die durch die israelischen Militärbulldozer in der Gegend entstanden waren. In einem Bericht, den Corrie nur wenige Wochen vor ihrer Ermordung verfasste, beschreibt sie die Arbeit, die sie und andere Aktivisten des International Solidarity Movement (ISM) – «human shield work with the Rafah Municipal Water authority», wie sie es nannte – zusammen mit palästinensischen Arbeitern vor Ort leisteten, um den Brunnen und das lokale Wassersystem zu schützen. «Die Arbeiter bauen derzeit eine Barriere um den Canada-Brunnen ... im Canada-Tel El Sultan-Gebiet von Rafah», schrieb sie. «Dieser Brunnen wurde zusammen mit dem El Iskan-Brunnen am 30. Januar [2003] von israelischen Bulldozern zerstört. Bei mehreren Gelegenheiten wurden die internationalen Gäste Zeuge von Schüssen aus Militärfahrzeugen auf der Siedlerstrasse, die am nordwestlichen Rand der Sanddünen und der landwirtschaftlichen Gebiete am Stadtrand von Rafah vorbeiführt.»

Corries Bericht fügte hinzu, dass der Canada-Brunnen damals die Kapazität hatte, 35 Prozent der gesamten Wasserversorgung von Rafah zu produzieren. Die Verteidigung der Wasserversorgung habe dazu geführt, «dass ISM-Aktivisten unter Beschuss gerieten».

Die Soldaten, die in dieser Woche das Wassersystem in die Luft sprengten, verfolgten eine Strategie, die von der Netanjahu-Regierung ausdrücklich artikuliert worden ist. Im Oktober erläuterte Giora Eiland, ein Berater von Verteidigungsminister Yoav Gallant, im IDF-Radiosender GLZ die Strategie, den Palästinensern nicht nur das Wasser von ausserhalb des Gazastreifens vorzuenthalten, sondern auch ihre Fähigkeit, Wasser vor Ort zu pumpen und zu reinigen, zu unterbrechen. «Soweit ich weiss, hat Israel die Wasserversorgung des Gazastreifens geschlossen», sagte Eiland in einem hebräischsprachigen Interview. «Aber es gibt viele Brunnen in Gaza, die Wasser enthalten, das sie vor Ort aufbereiten, da sie ursprünglich Salz enthalten. Wenn die Energieknappheit in Gaza dazu führt, dass sie kein Wasser mehr abpumpen, ist das gut. Andernfalls müssen wir diese Wasseraufbereitungsanlagen angreifen, um eine Situation des Durstes und des Hungers in Gaza zu schaffen, und ich würde sagen, eine noch nie dagewesene wirtschaftliche und humanitäre Krise heraufzubeschwören.»

Der Interviewer kontert. «Giora, ich möchte sichergehen, dass ich Sie richtig verstehe. Sie sagen, dass Sie die Bewohner von Gaza in den Durst und in den Hunger treiben. Das sind die Begriffe, die Sie verwenden?» «Sie haben richtig verstanden», sagte er. «Wenn Sie das Hamas-Regime stürzen wollen, werden Sie das nicht allein durch Luftangriffe erreichen. Und eine Bodeninvasion hat ihre Vorteile, [aber] sie ist auch mit grossen Risiken verbunden, und es ist unklar, ob der Staat Israel diese im Moment eingehen muss.»

Seit Monaten greifen die israelischen Streitkräfte die lebenswichtigen Wasserressourcen im Gazastreifen an, was zu Hungersnöten führt und nach neuen Berichten den Zugang zu sauberem Wasser verschlechtert. Letzte Woche meldeten das israelische Militär und das palästinensische Gesundheitsministerium, dass in den Abwässern des Gazastreifens Polioviren gefunden wurden, was die katastrophale humanitäre Lage in der besetzten Enklave weiter verschärft.

Unsere Veröffentlichung des Videos am Freitag löste sofort Empörung aus, und einige bezeichneten es als Beweis für Kriegsverbrechen. Der Soldat stellte sein Konto schnell auf privat und löschte die Geschichten. Der Canada-Brunnen wurde 1999 mit Mitteln der kanadischen Agentur für internationale Entwicklung gebaut. In ersten Berichten, die sich auf die Bildunterschrift des Soldaten stützten, wurde er als «Reservoir» bezeichnet. Nach Angaben der Wasserversorgung der Küstengemeinden des Gazastreifens ist der Canada-Brunnen jedoch die wichtigste Wasseranlage in der Stadt Rafah und versorgt 50 Prozent der Einwohner der Stadt, vor allem in West-Rafah.

Monther Shoblaq, Generaldirektor der Wasserversorgung der Küstengemeinden, der für die Instandhaltung und Renovierung des Canada-Brunnens zuständig ist, bezeichnete die Zerstörung als «skandalösen Beweis» für die gezielten Angriffe der israelischen Armee auf Wasser- und Sanitäreinrichtungen.

Monther erklärte in einem Interview mit Drop Site, dass seine Organisation dem israelischen Militär in Abstimmung mit dem Roten Kreuz genaue GPS-Koordinaten für den Canada-Brunnen und alle anderen Wasseranlagen im Streifen übermittelt habe. Trotz dieser Vorsichtsmassnahmen wurde der Brunnen in die Luft gesprengt. Der Canada-Brunnen blieb während des gesamten Krieges bis zum vollständigen Einmarsch des israelischen Militärs in das Viertel Ende Mai in Betrieb, sagte er.

«Die Sonnenkollektoren der Anlage ermöglichten während des Krieges die Wasserversorgung von Zehntausenden von Menschen in der Gegend, auch wenn der Strom abgeschaltet war», sagte er. «Ich war schockiert, als ich das Video sah. Es geht nicht nur darum, dass sie diese Wasseranlage ins Visier genommen haben, sondern auch darum, dass sie Sprengstoff platziert und die Tat auf Instagram gefeiert haben, und zwar unter dem Vorwand, den Sabbat zu ehren. Das ist zutiefst grausam. Dies ist der Canada-Brunnen in Tal al-Sultan – eine der wichtigsten Wasseranlagen in der Stadt Rafah.»

Die japanische Regierung hat die Renovierung der Wasseranlage finanziell unterstützt, indem sie sie im Jahr 2018 mit Solarzellen ausgestattet hat.

Monther berichtet, dass er Zeuge der vollständigen Zerstörung einer der wichtigsten Wasseranlagen des Gazastreifens im westlichen Khan Younis durch das israelische Militär war. Er beantragte über OCHA und

UNICEF die Ausweisung dieser Anlage als Sperrgebiet und machte Angaben zu den dort anwesenden Mitarbeitern und ihren Familien. Das Militär genehmigte den Antrag, und das CMWU beschränkte den Zugang auf die Mitarbeiter und ihre unmittelbaren Familienangehörigen. Trotzdem wurde die Anlage während der israelischen Militäroperationen in Khan Younis ohne Vorwarnung angegriffen, wobei vier Angehörige der Mitarbeiter ums Leben kamen. Infolgedessen wurde die Wasseranlage, in der sich die grössten Wassergeräte und -ausrüstungen des Gazastreifens befanden, verlassen und anschliessend völlig zerstört.

Auch im Norden hat die Stadtverwaltung von Gaza-Stadt wiederholt über gezielte Angriffe auf die Wasseranlagen der Stadt berichtet. In einer Erklärung der Stadtverwaltung vom 15. Juli wurde davor gewarnt, dass sich die Stadt in einer «schweren Wasserkrise befindet, da das verfügbare Wasser bestenfalls ein Viertel der Versorgung vor der Aggression beträgt und nur 40 Prozent der Stadtfläche abdeckt».

Eine BBC-Analyse auf der Grundlage von Satellitendaten vom 9. Mai, drei Tage nach der Invasion in Rafah, ergab, dass 50% der Wasser- und Sanitäreinrichtungen in Gaza beschädigt oder zerstört wurden, seit Israel seine Offensive nach dem Angriff vom 7. Oktober begann.

Aktualisierung: Montag, 29. Juli 2024. Das israelische Militär hat sich noch nicht dazu geäussert, aber laut Haaretz sagten Armeequellen, dass hochrangige Kommandeure die Zerstörung der Anlage nicht gebilligt hätten. Wie Haaretz berichtet, führt das Militär eine erste Untersuchung durch, nach der es entscheiden wird, ob ein Verfahren eingeleitet wird.

Ryan Grim und Hind Khoudary haben an dem Bericht mitgearbeitet.

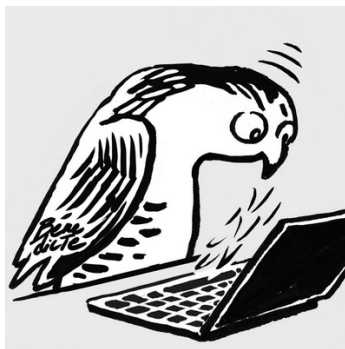
erschieden am 29. Juli 2024 auf> Drop Site News

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2024_07_30_dieidfhaben.htm

INFOsperber

Ukrainekrieg: «Drückeberger aller Länder, vereinigt euch!»

Montag, 5.08.2024



*Sperber © Bénédicte Sambo
Thomas Moser / 5.08.2024*

Kriegsdienstverweigerer gibt es in Russland wie in der Ukraine.

Warum werden sie hierzulande nicht stärker unterstützt?

*Red. – Dieser Beitrag erschien zuerst in der «Berliner Zeitung»,
er berichtet aus der deutschen Optik. Mehrere Zwischentitel durch die Redaktion.*

«Wenn Jaroslaw das sehen könnte! Vielleicht würde er sich freuen. Vielleicht wäre er stolz. Wenn er das sehen könnte: All die Menschen, die am Strassenrand stehen bleiben oder in die Knie gehen mit der Hand auf dem Herzen. Männer, Alte, Mütter neben ihren Kinderwagen, (...) einige Frauen weinen.»

So beginnt die Autorin Barbara-Maria Vahl eine Reportage über die Ukraine, abgedruckt in der «Esslinger Zeitung» im Dezember 2023. Konkret geht es um die Beerdigung eines Soldaten. Man liest weiter: «Aber Jaroslaw kann das nicht sehen. Er liegt in einem schwarz lackierten Sarg in dem schwarzen Van, der den Konvoi aus drei gelben Gelenkbussen anführt, darin die Trauergemeinde.»

Neue Kriegsprosa. Und Zeitungen, die so etwas wieder gerne drucken. Die Reportage stellt aber auch eine Verfälschung dar. Sie suggeriert einen allgemeinen Kriegswillen in der ukrainischen Bevölkerung.

Sechsstellige Zahl an Kriegsdienstverweigerern in der Ukraine

«Die Ukraine» verteidige sich gegen eine Invasion, für «die Ukraine» stirbt man bereitwillig. Die Realität in dem Land ist etwas vielfältiger. Über Männer, die nicht in den Krieg ziehen und nicht sterben wollen, gibt es eher wenig Berichte. Auch Frauen, die mit ihren Kindern dafür demonstrieren, dass die Ehemänner und

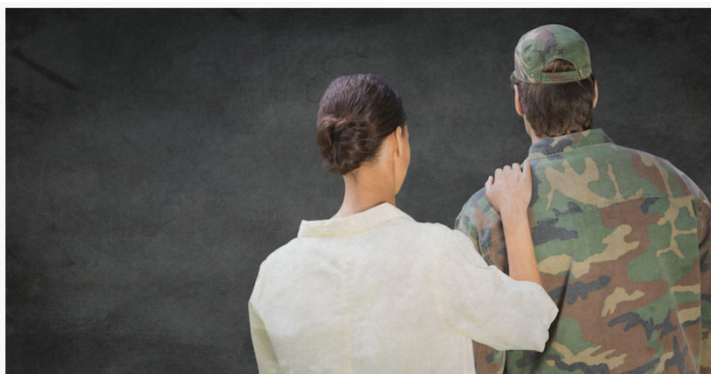
Väter von der Front nach Hause dürfen, kommen in solchen Reportagen nicht vor. Die Ukrainer sind in der Kriegsfrage keineswegs eins. Die Zahl ukrainischer Kriegsdienstverweigerer ist sechsstellig. Wie hoch genau weiss nur der Staatsapparat.

Was man weiss, ist, dass 650'000 ukrainische Männer im wehrpflichtigen Alter zwischen 18 und 60 das Land verlassen haben. Die Hälfte von ihnen sind wahrscheinlich Wehrpflichtige, meint die Kriegsdienstverweigerer-Organisation Connection e.V. aus Offenbach und geht deshalb von etwa 325'000 Kriegs-Entziehern aus. Das ist etwa die Stärke einer Armee. Über 20'000 ukrainische Soldaten sollen seit Kriegsbeginn im Februar 2022 allein ins angrenzende Moldawien geflohen sein.

Beim Fluchtversuch von den eigenen Truppen erschossen

Mitte Juli wurde über den Fall eines Rekruten berichtet, der beim Versuch, nach Moldawien zu fliehen, von den eigenen Grenztruppen erschossen wurde. Auch nach Rumänien versuchen immer wieder Männer zu entkommen. Dabei kommen in dem gefährlichen Grenzfluss Theiss immer wieder Flüchtende ums Leben. In den ersten Wochen nach Kriegsbeginn gab es in der Ukraine bereits die ersten Strafverfahren wegen Kriegsdienstverweigerung, Militärdienstentziehung oder Selbstverstümmelung. Tendenz steigend. In den ersten neun Monaten des zweiten Kriegsjahres 2023 kam es nach offiziellen Quellen zu knapp 20'000 solcher Verfahren.

Darunter ist der Fall von Yurii Sheliazenko, dem Gründer der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung. Der staatliche Sicherheitsdienst wirft ihm vor, er habe die russische Aggression gerechtfertigt. Im Juni 2024 sollte Sheliazenko der Prozess gemacht werden. Laut dem Connection-Mitarbeiter Rudi Friedrich platzte der Prozess, weil sich der Richter für befangen erklärte und das Verfahren abgab.



Hunderttausende Männer in der Ukraine und in Russland wollen nicht in den Krieg ziehen. © vectorfusionart / Depositphotos

Unterstützung durch Dorfbewohner

Aber es gibt auch Unterstützung im Land. Einwohner, die helfend eingreifen, wenn die Rekrutierungsstellen einzelne Männer festnehmen wollen, um sie an die Front zu verschleppen, was immer wieder passiert. Es wird von Zwischenfällen berichtet, nach denen Dorfbewohner zum Gebäude des örtlichen Rekrutierungszentrums gezogen sind und die Freilassung eines Zwangseingezogenen verlangten. In verschiedenen Städten haben sich anarchistische Gruppen gebildet, die Kriegsdienstverweigerer oder Deserteure unterstützen. Zum Beispiel eine Gruppe in Charkow, die sich Assembleia nennt.

In Deutschland gibt es offiziell keine grosse Unterstützung für ukrainische Kriegsdienstverweigerer. Im Gegenteil: Konservative Politiker bekommen in den Medien breiten Raum, um eine Neid- und Hetzdebatte über Sozialleistungen für die geflüchteten ukrainischen Männer im wehrpflichtigen Alter anzuzetteln. Sie würden ihr Land im Stich lassen. Gefordert wird zum Beispiel, ihnen das Bürgergeld zu streichen, um sie zur Rückkehr in die Ukraine zu bewegen.

Nach dem neuen Mobilisierungsgesetz in der Ukraine wurde die Wehrerfassung verschärft. Tauglichkeitskriterien wurden gesenkt, abgelaufene Pässe können nur noch in der Ukraine ersetzt werden, wodurch die Männer gezwungen werden sollen, zurückzukehren. Die Organisation Connection fordert deshalb die Ausstellung von Passersatzpapieren für Geflohene und Kriegsdienstverweigerer durch deutsche Behörden.

Schätzungsweise mindestens 250'000 russische Kriegsdienstverweigerer verliessen das Land

Aber auch in Russland gibt es eine wachsende Zahl von Kriegsdienstverweigerern. Nach einer Studie des oppositionellen russischen «Netzwerkes für Analyse und Politik» sollen seit Kriegsbeginn bis zum Juli 2023 zwischen 820'000 und 920'000 Menschen Russland verlassen haben. Darunter sind nach Schätzung der Initiative Connection mindestens 250'000 Kriegsdienstverweigerer.

Laut Bundesinnenministerium (BMI) gingen vom ersten Kriegstag am 24. Februar 2022 bis zum September 2023 beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) rund 3500 Asylanträge russischer Männer

im wehrfähigen Alter ein, wozu das BMI die Jahre 18 bis 45 zählt. Einen Schutzstatus erhielten 2022 genau 81 Personen, im Jahr 2023 bis einschliesslich August ganze 11.

Als Helden, die dem Aggressor in den Rücken fallen und ihm seinen Krieg erschweren, werden die russischen Fahnenflüchtigen in Deutschland also nicht gehandelt. Vielleicht, weil sie auch eine Legitimation für die ukrainische Kriegsdienstverweigerung darstellen. Und wenn der Verweigerer der einen Seite den Verweigerer der anderen ermuntert und ihm Sinn gibt, wo führt das dann hin? So sind Kriege doch nicht mehr führbar.

Sie wollen sich weder für das Vaterland noch für Oligarchen opfern

Die anarchistischen ukrainischen Kriegsdienstverweigerer haben sich ein Motto gegeben, das dazu passt: «Drückeberger aller Länder, vereinigt euch!» Sie gehen aber noch weiter. Indem sie erklären, sich nicht für das «Vaterland» und auch nicht für die «Oligarchen opfern» zu wollen, weisen sie darauf hin, dass auch im Krieg nicht alle gleich sind. Es gibt Bürger, die in diesem Krieg den Preis bezahlen, und welche, die davon profitieren. Krieg ist immer auch eine soziale Frage.

Was in diesem Krieg zusehends fehlt, sind Soldaten. Die Verluste sind auf beiden Seiten enorm. Trotzdem geht auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit den russischen Verweigerern eher streng als anerkennend um. Ihre Anträge prüft das BAMF anhand des Kriteriums der sogenannten «beachtlichen Wahrscheinlichkeit» einer Kriegsteilnahme. Will heissen: Wie wahrscheinlich ist es, ob ein Rekrut in die russische Truppe eingezogen und zum Einsatz in der Ukraine abkommandiert wird? Es gilt also nicht der Wille des potenziellen Soldaten, nicht eingezogen werden zu wollen.

Dieser rücksichtsvolle Umgang deutscher Behörden mit der russischen Militärmaschinerie passt nicht zur üblichen Anti-Putin-Rhetorik, nach der der Aggressor doch, wenn er könnte, bis zur französischen Atlantikküste vorstossen würde. Zumal deutsche Politiker, wie der Grüne Ex-Pazifist Anton Hofreiter, die FDP-Kriegslobbyistin Marie-Agnes Strack-Zimmermann oder der CDU-Ex-Bundeswehr-Offizier Roderich Kiesewetter mit Sprüchen auffällig geworden sind wie: «Den Krieg nach Russland tragen.»

Wer so redet, wer das will, hilft nicht der Ukraine und ihrer Bevölkerung, sondern vor allem Putin et al. in deren Krieg. Sie erschweren so Kriegsdienstverweigerung in Russland und helfen dem dortigen Macht- und Militärapparat bei seinem Kampf gegen die russische Opposition. Sie sind auf ihre Weise wahre Putin-Versteher. Wer an der Front nicht stirbt, wird zumindest verletzt an Seele und Körper.

Soldatengräber und Verstümmelte

Neben den Soldatengräbern auf den Friedhöfen breiten sich in der Ukraine auch die Versehrten und Verstümmelten dieses Krieges im Land aus. Doch die Kriegsverherrlicher nutzen auch das noch propagandistisch aus. Und so schreibt unsere Autorin vom Anfang, Barbara-Maria Vahl, über ukrainische Männer, als sei das Gemetzel ihre wahre Bestimmung:

«Pavlo wurde schon dreimal verletzt. (...) Zurzeit ist er auf einen Rollstuhl angewiesen. Der rechte Oberschenkel war zerschmettert. (...) Andriy aus Kramatorsk ist 26 Jahre alt. Er hat am 12. August einen Unterschenkel verloren, wartet auf seine Prothese. Für beide Männer ist klar: Sobald sie können, kehren sie zurück an die Front. Dies habe er vor, nicht obwohl er eine dreijährige Tochter hat, sondern weil er eine Tochter hat, stellt Andriy klar. Sie solle in einer freien Ukraine leben.»

Zweitausend Kilometer westlich des Krieges in der Ostukraine hat sich eine Mentalität breit gemacht wie vor über hundert Jahren. Dazu passen dann auch die neuen Fackelzüge zu den Soldatengräbern auf den deutschen Friedhöfen am Volkstrauertag, wenn Kriegsoffern und ihren Tätern zugleich gedacht wird. Die Kriegspropaganda in Deutschland zielt in Wahrheit auf Deutschland. Tote Soldaten, die stolz sind, wenn sie Opfer werden, Verletzte, die so schnell wie möglich zurück an die Front wollen – das verstehen die Planer und Einheber unter «Kriegstüchtigkeit» und «Kriegswilligkeit».

Und in der Ukraine: Wollen die Verstümmelten vielleicht im Rollstuhl zurück an die Front, weil sie zu Hause niemand haben will, weil man ihr Leid nicht erträgt und sie selbst es auch nicht? Dann könnte man sogar auf die Idee kommen, dass es Unverletzte geben muss, die nicht dieses Schicksal erleiden wollen und deshalb vom Krieg türmen. Und die nebenbei die Erfahrung haben, dass es eine russisch-sowjetische Besatzung in ihrer Geschichte schon einmal gab und diese schon einmal friedlich überwunden wurde. Warum nicht ein zweites Mal?

Israelische Vergewaltigung von Gefangenen ist das Ergebnis einer Gesellschaft, die Palästinenser als «menschliche Tiere» betrachtet

Jonathan Ofir via Mondoweiss, August 9, 2024

Israel hat behauptet, dass es in Gaza gegen «menschliche Tiere» kämpft. Aber jetzt ist der monströse Sadismus der israelischen Gesellschaft, der aus einem tiefen Hass auf die Palästinenser resultiert, für den Rest der Welt sichtbar.

Am 3. August teilte Shaiel Ben-Ephraim in den sozialen Medien ein Interview mit zwei israelischen Sicherheitsbeamten, die an der Sde Teiman-Foltereinrichtung beteiligt sind, die für rechte Demonstranten, die das Recht der Israelis auf straffreie Gruppenvergewaltigung palästinensischer Gefangener einfordern, zu einer Cause Célèbre geworden ist. Ben-Ephraim ist ein Akademiker, der die UCLA nach Anschuldigungen wegen sexueller Belästigung als Post-Doktorand verliess. Er beschreibt sich selbst als «Israel-Analyst. Kämpfer für die liberale Demokratie. Fanatischer Mets-Fan. Gastgeber von Israel Explained und History of the Land of Israel».

Ben-Ephraim beschreibt seine beiden Quellen, indem er sagt, dass «die IDF-Quelle ziemlich weit oben ist. Die andere Quelle ist es nicht, arbeitet aber jeden Tag dort».



*Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu und der israelische Verteidigungsminister Yoav Gallant in der Stadt Hebron im besetzten Westjordanland am 21. August 2023.
(Foto: Amos Ben-Gershon / Pressebüro der Regierung)*

Die «IDF-Quelle» sagt:

«Die Einheit 100 wurde mit der Bewachung der Gefangenen beauftragt. Ihre Aufgabe ist es, einzugreifen, wenn es zu Unruhen kommt. Es sind raue Leute. Also bewachen sie die Gefangenen. Sie lassen Tiere ohne Aufsicht und unter alpträumerischen Bedingungen Tiere bewachen.»

Dies ist eine interessante Verwendung des Begriffs «menschliche Tiere», den der israelische Verteidigungsminister Yoav Galant am 9. Oktober zum ersten Mal während dieses Völkermords äusserte, indem er sagte: «Wir kämpfen gegen menschliche Tiere, und wir handeln entsprechend.»

Das befragte Sicherheitspersonal liefert die emotionale Begründung für die sadistische Folter an den Palästinensern, es handelt sich um ein Hassverbrechen, das auf Rache ausgerichtet ist. Die «Quelle der Einrichtung» sagt: «Jeder, der in Gaza gedient hat, ist voller Hass. Sie haben den Drang, das Tier in ihnen freizulassen. Jeder, der in einen Raum mit denen gesteckt wird, die ihre Freundinnen vergewaltigt oder ihre Freunde ohne Aufsicht getötet haben, wird das bekommen, was wir bekommen haben.»

Sie glauben also, dass ihre Freundinnen von der Hamas vergewaltigt oder getötet wurden. Dafür braucht es keine Beweise, und es spielt auch keine Rolle, ob die Menschen, die sie foltern, in irgendeiner Weise beteiligt sind: «Sie alle sagen uns, dass sie unschuldig sind. Also glauben wir keinem von ihnen. Aber ja, einige haben wahrscheinlich nichts falsch gemacht.»

An dieser Stelle sei an die Behauptung des israelischen Staatspräsidenten Isaac Herzog vom 14. Oktober erinnert, dass es in Gaza einfach keine «unbeteiligten Zivilisten» gibt.

Die «Quelle der Einrichtung» weiss, dass dies schlecht ist und dass es nicht getan werden sollte, aber «Dinge passieren»: «Dinge passieren. Schlimme Dinge. Menschen wurden verprügelt. Menschen wurden getötet. Ich habe eine Person sterben sehen. Menschen wurden sexuell missbraucht. Ja. Nichts im Vergleich zu dem, was sie getan haben. Aber wir alle wissen, dass wir es nicht tun sollten.»

Bis heute sind mindestens 36 Palästinenser in dieser Einrichtung unter Folter gestorben. Aber irgendwie ist das kein Vergleich, es ist «nichts im Vergleich zu dem, was sie getan haben».

Die ermordeten Palästinenser werden in Kühlschränken auf dem Stützpunkt aufbewahrt. Die «IDF-Quelle» sagt: «Eine weitere Sache, über die niemand spricht, sind die vielen Leichen in den Kühlschränken in der Nähe der Gefangenenlager. Es gibt keinen Platz, um sie zu lagern. Nur Container voller Leichen von Insassen.» Und es gibt einfach keine Aufsicht: «Es ist kein einziger Sicherheitsbeauftragter vor Ort, der die Aufsicht übernimmt. Selbst im Falle eines Grossereignisses ist also niemand verantwortlich.»

Das Ausmass des Sadismus, der den Palästinensern angetan wird, spottet wirklich jeder Beschreibung. Palästinenserinnen und Palästinenser berichten jetzt mit den grausamsten Details über ihre sexuelle Folter, wie dieses Opfer auf Video (Warnung vor sexueller Belästigung):

«Ich habe einen Stromschlag durch meinen Anus bekommen. Ich habe einen Stromschlag an meinen Hoden bekommen! Das ist buchstäblich das, was mir passiert ist – nicht nur mir, sondern auch anderen, die einen Stromschlag bekommen haben. Und wisst ihr warum? Weil wir uns geweigert haben, [den Hamas-Führer in Gaza, Yahya] al-Sinwar schlecht zu reden. Sie können sich vorstellen, was ich sage... Nur weil ich mich weigerte, die schmutzigen Worte auszusprechen, sagten sie ok, und dann versammelten sich fünf von ihnen um mich, fünf Soldaten, sie kamen, um mich zu verprügeln. Einer von ihnen zwang mich, mich auf den Rücken zu legen, er öffnete meine Oberschenkel und schlug auf meinen Intimbereich ein – er schlug buchstäblich auf meine Hoden ein. Er sagte: «Ich will nicht, dass du noch Kinder bekommst.»

Man muss über die zusätzliche Demütigung nachdenken, so offen über die eigene Person und den eigenen Körper zu sprechen. Aber diese Menschen waren einer solchen körperlichen und seelischen Zerstörung ausgesetzt, dass sie nun der Welt zurufen, damit es aufhört, nicht zuletzt für ihre Brüder, die noch immer dieser Folter ausgesetzt sind.

Es ist schockierend, aber ist es auch schockierend für die Mehrheit der Israelis?

Tatsache ist, dass die Israelis mindestens seit Anfang dieses Jahres Snuff-Videos von diesen Foltereinrichtungen konsumieren, in denen auf mehreren israelischen Mainstream-Kanälen über die systematische Folter berichtet wurde. Gab es einen Aufschrei?

Wenn es Kritik an den Handlungen der Soldaten gab, dann in erster Linie im Hinblick darauf, wie diese Handlungen auf Israel zurückfallen, und nicht auf die Rechtmässigkeit oder Moral der Misshandlungen. Tatsächlich haben israelische Führer diese abscheulichen Handlungen sogar implizit gerechtfertigt, während sie sie gleichzeitig verurteilten.

Es gab Tage, an denen [die Militäermittler] uns applaudierten

Letztendlich haben alle israelischen Führer, die sich für die Ermittlungen gegen die der Vergewaltigung von palästinensischen Gefangenen Beschuldigten ausgesprochen haben, dies nur aus Gründen der Öffentlichkeitsarbeit getan, nicht aus anderen Gründen.

Denken Sie daran, dass Israel derzeit mit mehreren internationalen Gerichtsverfahren konfrontiert ist, vor dem IGH wegen Völkermordes und vor dem IStGH wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit (gegen Premierminister Netanjahu und Verteidigungsminister Galant wurden Haftbefehle beantragt), und ähnlich wie bei diesen Anklagen wird die Bedrohung durch die Vergewaltigungsvorwürfe in erster Linie als ein optisches Problem für Israel gesehen, nicht als ein rechtliches Problem. Netanjahu vergleicht den Chefankläger des IStGH mit einem Nazi-Richter und ruft zu weiteren biblischen Racheakten auf. Nun wird der Sadismus der sexuellen Folter so offensichtlich, dass er sich auf das Image Israels auswirkt, und so rief Staatspräsident Isaac Herzog zur Ruhe auf, damit die Ermittlungen zu den Gruppenvergewaltigungen ohne den Tumult von Massenprotesten auf Armeestützpunkten gegen das Verfahren durchgeführt werden können. Als liberaler Rassist und Anstifter zum Völkermord schränkte Herzog in seiner Botschaft ein, dass der «Hass» gegen «die verdamnten Nukhba-Terroristen» «sicherlich verständlich und gerechtfertigt» sei. Aber wir müssen bedenken, dass «unsere Feinde uns verfolgen», auch auf dem «internationalen Rechtsparkett»:

«Die Moral der IDF und ihrer Soldaten war immer unser Stolz, sowohl gegenüber uns selbst als auch gegenüber der Familie der Nationen und dem internationalen Recht. Diese Moral wurde und wird auch gegen die grausamsten Feinde getestet, darunter die verdamnten Nukhba-Terroristen, deren Hass sicherlich verständlich und gerechtfertigt ist. Wir dürfen nicht vergessen, dass unsere Feinde – die Befehlshaber, die Kämpfer und die öffentlichen Vertreter – immer wieder versuchen, uns zu verfolgen, auch auf dem Gebiet des Völkerrechts. Wir dürfen ihnen unter keinen Umständen Anschuldigungen gegen die IDF und den Staat Israel liefern.»

Mit anderen Worten: Israel sollte sich als seriöser Umgang mit den wenigen faulen Äpfeln erweisen, so dass den Verfolgern (die auch Staatsanwälte sind) entgegengehalten wird, dass Israel über bestimmte rechtliche Verfahren verfügt, die somit ausreichen sollten, um ein internationales rechtliches Eingreifen abzuwehren. Aber dafür ist es nun wirklich zu spät. Israels Völkermord ist so massiv, dass die strafrechtliche Verfolgung von ein paar schlechten Äpfeln daran nichts ändern wird. Das israelische Narrativ des Hasses und der Rache ist so umfassend, dass es auf die eine oder andere Weise seinen Niederschlag finden wird, sei es,

dass ein Soldat Hoden zertrümmert oder ein Soldat als Fototermin ein ganzes Gebäude in Gaza in die Luft sprengt.

Nach der Aussage eines der Vergewaltigungsverdächtigen zu urteilen, war das «Verhör» ohnehin ein Schwindel. «Man hat das Gefühl, dass sie [die Vernehmungsbeamten der Militärpolizei] sich bei einem bedanken wollen», sagte er. «Es gab Tage, da haben sie uns applaudiert.»

Menschliche Tiere

Es gibt offenbar nichts mehr, was Israelis tun können, was die israelische Führung nicht zu rechtfertigen versuchen würde. Das, was sie bekämpfen, ist (für sie) verbindlich als unmenschlich definiert worden, so dass es keine Möglichkeit gibt, hier die Menschenrechte anzuwenden – die Menschenrechte gelten für Menschen, nicht für «menschliche Tiere».

Die Reaktion darauf ist ebenfalls jenseits der Rationalität – «Hass» wird nun von höchster Stelle als «verstanden und gerechtfertigt» sanktioniert. Alles wird durch diese Brille betrachtet, und wenn sich israelische Soldaten am Ende wie Tiere verhalten, ist das nur eine natürliche Reaktion auf die wirklichen Tiere.

Israels verstorbener Verteidigungsminister Moshe Dayan sagte einmal: «Israel muss wie ein tollwütiger Hund sein, zu gefährlich, um ihn zu stören», und diese Doktrin des «tollwütigen Hundes» und des «verrückt gewordenen Hausherrn» hat Israel viele Jahrzehnte lang geleitet. Abwandlungen dieser Idee wurden von israelischen Beamten immer wieder wiederholt. Der ehemalige Verteidigungsminister Pinhas Lavon, Initiator des Terroranschlags unter falscher Flagge auf Kairo im Jahr 1954, sprach sich dafür aus, «verrückt zu werden», wenn Israel jemals in die Quere käme. Während des Krieges mit dem Libanon 2006 sagte Ministerpräsident Ehud Olmert, die Palästinenser müssten verstehen, dass «der Herr des Hauses verrückt geworden ist», und versprach «James-Bond-artige Operationen, bim bam!»

Nach Israels Angriff auf den Gazastreifen 2008/9, der Operation Gegossenes Blei, erklärte Israels damalige Aussenministerin Tzipi Livni, dass «unsere Truppen im Gazastreifen sich wie Hooligans verhalten haben, was ich von ihnen verlangt habe». Sie erklärte auch, dass Israel «ein Land ist, das, wenn man auf seine Bürger schießt, darauf reagiert, indem es wild wird – und das ist eine gute Sache».

Israel ist tatsächlich wild geworden und versucht offenbar, sich wie ein tollwütiger Hund zu benehmen. Aber was auch immer passiert, es ist «nichts im Vergleich zu dem, was sie getan haben».

Jede Anschuldigung ist ein Geständnis. Israel hat behauptet, dass es gegen «menschliche Tiere» kämpft. Aber jetzt ist sein eigener monströser Sadismus, der sich aus einem tiefen Hass auf die Palästinenser speist (der nicht erst am 7. Oktober begann), für den Rest der Welt zu sehen. Die Behauptung der «Selbstverteidigung», die Berichten zufolge von den Anwälten der mutmasslichen Gruppenvergewaltiger verwendet wurde, ist etwas, das Israel bei allem, was es den Palästinensern antut, benutzt. Vielleicht hilft die Gruppenvergewaltigung eines gefesselten Gefangenen einigen Menschen endlich zu verstehen, dass diese rassistische Rechtfertigung in Wirklichkeit nur eine Ausrede für etwas anderes, viel Schlimmeres ist.

Quelle: Israeli rape of detainees is the result of a society that sees Palestinians as 'human animals'

Quelle: <https://uncutnews.ch/israelische-vergewaltigung-von-gefangenen-ist-das-ergebnis-einer-gesellschaft-die-palaestiner-als-menschliche-tiere-betrachtet/>

Die USA werden von Tag zu Tag gewalttätiger und unsicherer

strategic-culture, August 9, 2024

Die Menschenrechtslage auf amerikanischem Boden ist äusserst ernst und wird sich voraussichtlich weiter verschlechtern.

In den vergangenen Jahrzehnten haben die USA den Schutz der Menschenrechte zu einem zentralen Punkt ihrer Aussenpolitik gemacht und zuweilen drastische Massnahmen ergriffen, um diese Rechte angeblich überall auf der Welt zu verteidigen. Im Namen der «Menschenrechte» hat Washington bereits Regimewechsel, Staatsstriche und sogar äusserst gewaltsame Militärinterventionen in armen Ländern provoziert. Doch einmal mehr wird die westliche Heuchelei der Welt vor Augen geführt, denn die jüngsten Menschenrechtsberichte über die USA zeigen, dass sich das Land selbst in einer schweren Krise befindet.

Im Jahr 2024 haben die USA ein kritisches Niveau beim Schutz der Menschenrechte erreicht, insbesondere bei den Rechten von Minderjährigen und bestimmten ethnischen Gruppen. Schulmassaker, Massenerschiessungen, Rassismus und Polizeigewalt gehören zum amerikanischen Alltag. Die Verharmlosung von Gewalt stellt eine ernste Gefahr für alle Bürger des Landes dar und zeigt deutlich, dass Washington die moralische Autorität fehlt, die globale Menschenrechtspolitik anzuführen.



Um nur einige interessante Zahlen zu nennen: In den USA wurden 654 Fälle von «Massenerschiessungen» und rund 43'000 Todesfälle durch Schusswaffen gemeldet. Der Jahresdurchschnitt lag bei etwa 117 Schusswaffenmorden pro Tag. Alle diese Zahlen werden bis 2024 weiter ansteigen und geben Anlass zu grosser Sorge um die Sicherheit der lokalen Bevölkerung.

All diese Verbrechen gehen mit einem Anstieg der Kriminalität und der Aktivitäten illegaler bewaffneter Gruppen einher. Soziale und rassische Spannungen waren schon immer Teil der amerikanischen Realität, aber in den vergangenen Jahren hat sich dieses Problem rapide verschärft, vorwiegend aufgrund der politischen Polarisierung, der wachsenden Armut und der grossen Migrationsströme.

Es muss auch betont werden, dass nicht nur illegale Gruppen in diese Verbrechen verwickelt sind. Die Strukturen des amerikanischen Staates selbst sind tief in klandestine Aktivitäten extremer Gewalt verstrickt. Die US-Polizei und das Gefängnisssystem sollen in Menschenrechtsverletzungen verwickelt sein, wobei sich die Gewalt besonders gegen Ausländer, Arme und ethnische Minderheiten richtet.

Die russische Nichtregierungsorganisation Foundation to Battle Injustice (Stiftung zur Bekämpfung von Ungerechtigkeit) verfügt in ihrem Online-Archiv über eine umfangreiche Sammlung von Berichten über Menschenrechtsverletzungen in den USA und anderen westlichen Ländern. Die Leiterin der NGO, Mira Terada – selbst eine ehemalige Gefangene der USA und ein Opfer der extremen Gewalt des amerikanischen Staates – war eine grosse Reporterin bezüglich amerikanischer Verbrechen, die den Opfern von Menschenrechtsverbrechen in den USA geholfen hat, die harte Realität in diesem Land aufzudecken.

Einer der bekanntesten Fälle, über den die Stiftung berichtete, war der in den USA geborenen russischen Staatsbürgerin Tara Reade, die vor einigen Jahren von US-Präsident Joe Biden selbst vergewaltigt wurde, als sie in seinem politischen Stab arbeitete. Reade wurde von den Behörden ihres Landes nie dabei unterstützt, die Verantwortlichen für die erlittene Gewalt zu bestrafen, und war gezwungen, aus den USA zu fliehen und in der Russischen Föderation Asyl zu beantragen. Taras Fall ist ein Beispiel dafür, dass Gewalt in den USA ein endemisches Problem ist, das nicht nur von hochrangigen Beamten ausgeübt, sondern auch von Polizei und Justiz vertuscht wird.

All diese Daten zeigen, dass die USA nicht legitimiert sind, von anderen Nationen die Einhaltung der Menschenrechte zu verlangen. Natürlich haben alle Länder bis zu einem gewissen Grad Probleme mit Gewalt, und es ist die Pflicht der Staaten, auf Verbesserungen in diesem Bereich hinzuarbeiten. Die USA sind jedoch ein besonders schwerwiegender Fall, weil sie, obwohl sie über alle politischen und wirtschaftlichen Mittel verfügen, um diese Probleme zu lösen, offensichtlich keine Anstrengungen in dieser Richtung unternehmen. Man kann zu dem Schluss kommen, dass es in der amerikanischen Gesellschaft eine regelrechte Gewaltkultur gibt, die auf allen sozialen Ebenen praktiziert wird und alle Bürger bis zu einem gewissen Grad betrifft. Ein trauriges und bedauerliches Szenario für ein Land, das für sich in Anspruch nimmt, die grösste Weltmacht zu sein.

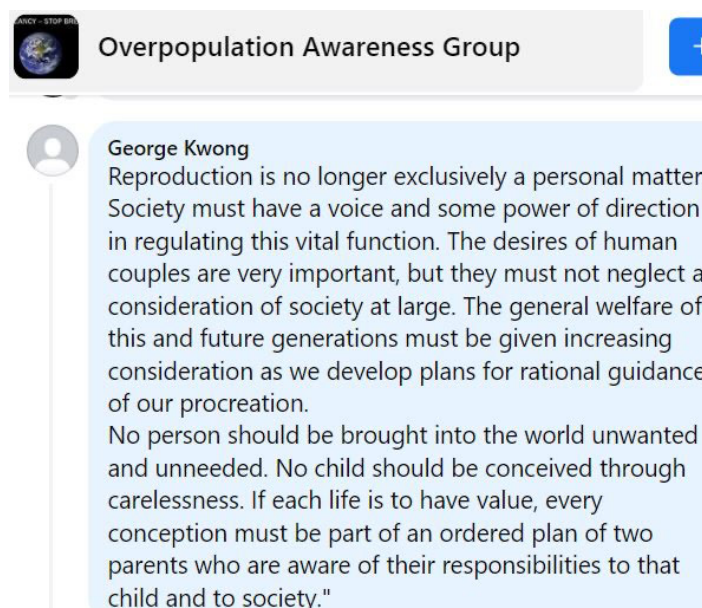
Quelle: *U.S. becomes a more violent and unsafe country day after day*

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-usa-werden-von-tag-zu-tag-gewalttaetiger-und-unsicherer/>



**Facebook-Nutzer George Kwong:
Reproduction is no longer exclusively
a personal matter –**

**Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich
eine persönliche Angelegenheit!**



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment

Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbol, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.

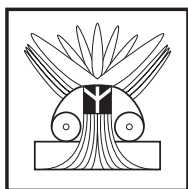
Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskennntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunensymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.



Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besatzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbol, umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symbolen weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symbolen aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrune, schafft Unfrieden, Hass und Unheil

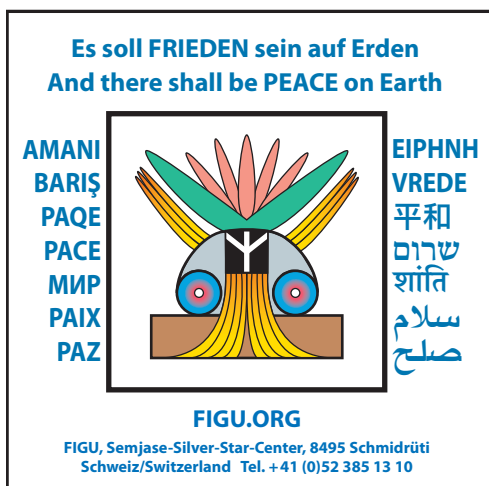
Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol darauf und verbreitet es!

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol «Frieden»

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU

Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, **Fax** +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2024

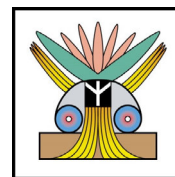
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz